

seltensten Fällen wagte zu löcken wider den Stachel der kapitalistischen Ausbeutung, so haben die Kapitalisten die Möglichkeit vervielfältigt, um die industrielle Frauenarbeit in der höchsten Stufe anwenden zu können. Die Frau des Proletariats hat infolgedessen ihre wirtschaftliche Selbständigkeit errungen. Aber wahrhaftig! sie hat sie teuer erkaufte und hat praktisch für den Augenblick nichts dabei gewonnen. Wenn im Zeitalter der Familie der Mann das Recht hatte – denken Sie an das kurbayrische Recht –, gelegentlich mäßig die Frau mit der Peitsche zu züchtigen, so züchtigt sie der Kapitalismus jetzt mit Skorpionen. Damals wurde die Herrschaft des Mannes über die Frau gemildert durch die persönlichen Beziehungen, zwischen Arbeiter und Unternehmer aber gibt es nur ein Warenverhältnis. Die Frau des Proletariats hat ihre wirtschaftliche Selbständigkeit erlangt, aber weder als Mensch noch als Frau, noch als Gattin hat sie die Möglichkeit, ihre Individualität voll ausleben zu können. Für ihre Aufgabe als Gattin, als Mutter bleiben ihr nur die Brosamen, die die kapitalistische Produktion ihr vom Tische fallen läßt.

Deshalb kann der Befreiungskampf der proletarischen Frau nicht ein Kampf sein wie der der bürgerlichen Frau gegen den Mann ihrer Klasse; umgekehrt, es ist der Kampf mit dem Mann ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse. Sie braucht nicht darum zu kämpfen, gegen die Männer ihrer Klasse die Schranken niederzureißen, die ihr bezüglich der freien Konkurrenz gezogen sind. Das Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals und die Entwicklung der modernen Produktionsweise nahmen ihr diesen Kampf vollkommen ab. Umgekehrt – es gilt, neue Schranken zu errichten gegen die Ausbeutung der proletarischen Frau; es gilt, ihr ihre Rechte als Gattin, als Mutter wiederzugeben und zu sichern. Das Endziel ihres Kampfes ist nicht die freie Konkurrenz mit dem Manne, sondern die Herbeiführung der politischen Herrschaft des Proletariats.

Hand in Hand mit dem Manne ihrer Klasse kämpft die proletarische Frau gegen die kapitalistische Gesellschaft. Allerdings stimmt sie auch den Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung zu. Aber sie betrachtet die Erfüllung dieser Forderungen nur als Mittel zum Zweck, damit sie gleichausgestattet an Waffen mit dem Proletarier in den Kampf ziehen kann.

Die bürgerliche Gesellschaft steht den Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, das beweisen die Reformen, die auf dem Gebiet des Privat- wie des öffentlichen Rechtes in verschiedenen Staaten schon zugunsten der Frau eingeführt sind. Wenn es in Deutschland so besonders langsam mit diesen Reformen geht, so liegt die Ursache einmal in dem wirtschaftlichen Konkurrenzkampf in den liberalen Berufen, den die Männer fürchten, und zweitens in der sehr langsamen und schwächlichen Entwicklung der bürgerlichen Demokratie in Deutschland, die unter dem Banne der Klassenfurcht vor dem Proletariat ihrer historischen Aufgabe nicht gerecht wird. Sie fürchtet, daß die Durchführung solcher Reformen nur der Sozialdemokratie Vorteil bringt. Je weniger eine bürgerliche Demokratie sich hypnotisieren läßt von dieser Furcht, desto bereiter ist sie zu Reformen. Das sehen wir an England. England ist das einzige Land, das noch eine wirklich kraftvolle Bourgeoisie besitzt, während die deutsche Bourgeoisie in schlotternder Furcht vor dem Proletariat darauf verzichtet, auf politischem und sozialem Gebiete zu reformieren. Dazu tritt für Deutschland noch die weitverbreitete spießbürgerliche Auffassung; der Philisterzopf des Vorurteils hängt dem deutschen Bürgertum schwer im Nacken. Gewiß ist die Furcht der bürgerlichen Demokratie sehr kurzsichtig. Wird den Frauen die politische Gleichberechtigung gewährt, so wird an den tatsächlichen Machtverhältnissen nichts geändert. Die prole-

tarische Frau geht ins Lager des Proletariats, die bürgerliche ins Lager des Bürgertums. Wir dürfen uns nicht täuschen lassen durch sozialistische Anläufe in der bürgerlichen Frauenbewegung, die nur so lange auftreten, wie sich die bürgerlichen Frauen als Unterdrückte fühlen.

Je weniger nun die bürgerliche Demokratie ihre Aufgabe begreift, desto mehr ist es Sache der Sozialdemokratie, für die politische Gleichberechtigung der Frau einzutreten. Wir wollen uns nicht besser machen, als wir sind. Nicht um der schönen Augen eines Prinzijs stellen wir diese Forderung auf, sondern im Klasseninteresse des Proletariats. Je mehr die Frauenarbeit ihren verhängnisvollen Einfluß auf die Lebenshaltung der Männer ausübt, desto brennender wird die Notwendigkeit, sie in den wirtschaftlichen Kampf einzubeziehen. Je mehr der politische Kampf eingreift in die Existenz jedes einzelnen, desto dringender wird die Notwendigkeit, daß auch die Frau teilnimmt am politischen Kampfe. Das Sozialistengesetz hat Tausenden von Frauen erst klargemacht, was die Worte Klassenrecht, Klassenstaat und Klassenherrschaft bedeuten, hat Tausende von Frauen erst das Bedürfnis gelehrt, sich über die Macht aufzuklären, die so brutal in das Familienleben eingriff. Das Sozialistengesetz hat eine Arbeit geleistet, die Hunderte von Agitatorinnen nicht zu leisten imstande gewesen wären, und wir sind dem Vater des Sozialistengesetzes sowie allen Staatsorganen, die an seiner Durchführung beteiligt waren, vom Minister bis zum Schutzmann hinab, aufrichtig dankbar für ihre unfreiwillige agitatorische Tätigkeit. Und da wirft man uns Sozialdemokraten Undankbarkeit vor! (Heiterkeit.)

Noch ein anderes Ereignis ist in Betracht zu ziehen. Ich meine das Erscheinen von August Bebels Buch „Die Frau und der Sozialismus“. Es darf nicht nach seinen Vorzügen oder Mängeln bewertet werden, es muß beurteilt werden nach der Zeit,

in der es erschien. Und da war es mehr als ein Buch, es war ein Ereignis, eine Tat. („Sehr richtig!“) Zum ersten Male wurde darin den Genossen klargelegt, in welchem Zusammenhänge die Frauenfrage mit der geschichtlichen Entwicklung steht, zum ersten Male ertönte aus diesem Buche der Ruf: Wir können die Zukunft nur erobern, wenn wir die Frauen als Mitkämpferinnen gewinnen. Wenn ich das anerkenne, so spreche ich nicht als Frau, sondern als Parteigenossin.

Welch praktische Schlußfolgerungen haben wir nun für unsere Agitation unter den Frauen zu ziehen? Es kann nicht die Aufgabe des Parteitages sein, ins einzelne gehende praktische Vorschläge zu machen, sondern nur die allgemeine Richtungslinie für die proletarische Frauenbewegung zu ziehen.

Und da muß der leitende Gedanke sein: Wir haben nicht spezielle Frauenagitation, sondern sozialistische Agitation unter den Frauen zu treiben. Nicht die kleinlichen Augenblicksinteressen der Frauenwelt dürfen wir in den Vordergrund stellen, unsere Aufgabe muß sein, die moderne Proletarierin in den Klassenkampf einzureihen. („Sehr wahr!“) Wir haben für die Agitation unter den Frauen keine Sonderaufgaben. Soweit für die Frauen innerhalb der heutigen Gesellschaft Reformen durchzusetzen sind, werden sie in dem Minimumprogramm unserer Partei bereits gefordert.

Die Frauenagitation muß anknüpfen an alle jene Fragen, die von dringender Wichtigkeit für die allgemeine Bewegung des Proletariats sind. Ist es doch die Hauptaufgabe, in der Frau das Klassenbewußtsein wachzurütteln und sie in den Klassenkampf einzubeziehen. Die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen ist äußerst erschwert. In den Jahren 1892 bis 1895 wuchs die Zahl der in Zentralverbänden organisierten Arbeiterinnen auf rund 7000. Rechnen wir noch die in Lokalvereinen organisierten Arbeiterinnen hinzu, und vergleichen wir dann

hiermit die Tatsache, daß allein in der Großindustrie 700000 Arbeiterinnen tätig sind, so gewinnen wir ein Bild von der großen Arbeit, die wir noch zu leisten haben. Erschwert wird uns diese Arbeit dadurch, daß viele Frauen in der Hausindustrie tätig und deshalb schwer heranzuziehen sind. Dann haben wir auch noch mit der weitverbreiteten Anschauung der jungen Mädchen zu kämpfen, daß die industrielle Tätigkeit für sie vorübergehend ist und mit der Ehe aufhört. Vielen Frauen erwächst die doppelte Pflicht, sie müssen in der Fabrik und in der Familie tätig sein. Um so notwendiger ist für die Arbeiterinnen die Festsetzung eines gesetzlichen Arbeitstages. Während in England alle darin übereinstimmen, daß die Beseitigung der Hausindustrie, die Festsetzung eines gesetzlichen Arbeitstages und die Herbeiführung höherer Löhne von der größten Bedeutung sind, um die Arbeiterin gewerkschaftlich zu organisieren, kommt in Deutschland zu den geschilderten Hindernissen noch die Handhabung unserer Vereins- und Versammlungsgesetze dazu. Die volle Koalitionsfreiheit, die von rechts her die Reichsgesetzgebung den Arbeiterinnen gewährleistet, wird von links her durch landesgesetzliche Bestimmungen einzelner Bundesstaaten illusorisch gemacht. Darauf, wie in Sachsen das Vereinsrecht, soweit man dort überhaupt von einem Recht sprechen kann, gehandhabt wird, will ich nicht hinweisen, aber in den zwei größten Bundesstaaten, in Bayern und Preußen, werden die Vereinsgesetze so gehandhabt, daß den Frauen die Teilnahme an gewerkschaftlichen Organisationen mehr und mehr zur Unmöglichkeit wird. In Preußen hat in neuester Zeit besonders der Regierungsbezirk des „liberalen“ ewigen Ministerkandidaten Herrn von Bennigsen in der Auslegung des Vereins- und Versammlungsrechts das Menschenmögliche geleistet. In Bayern sind die Frauen von allen öffentlichen Versammlungen ausgeschlossen. Erklärte doch Herr von Feilitzsch in der Kammer ganz offen, daß bei der

Handhabung des Vereinsgesetzes nicht nur der Wortlaut in Betracht kommt, sondern auch die Absicht des Gesetzgebers, und Herr von Feilitzsch befindet sich in der glücklichen Lage, genau zu wissen, welche Absicht die Gesetzgeber gehabt haben, die lange gestorben sind, ehe sich Bayern das Glück träumen ließ, eines Tages Herrn von Feilitzsch seinen Polizeiminister nennen zu dürfen. Das wundert mich nicht, denn wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand, und in unserem Zeitalter des Spiritismus hat eben Herr von Feilitzsch seinen Amtsverstand erhalten und auf dem Wege der vierten Dimension die Absicht der längst verstorbenen Gesetzgeber erkannt. (Heiterkeit.)

Dieser Stand der Dinge aber macht es den proletarischen Frauen nicht möglich, sich zusammen mit den Männern zu organisieren. Bis jetzt hatten sie einen Kampf gegen Polizeimacht und gegen Juristenweisheit zu führen, und formell haben sie in diesem Kampf den kürzeren gezogen. Aber in Wirklichkeit sind sie Sieger geblieben; denn alle jene Maßregeln, die angewendet sind, um die Organisation der proletarischen Frau zu zertrümmern, haben nur darauf hingewirkt, ihr Klassenbewußtsein immer mehr zu erwecken. Wenn wir danach streben, eine kräftige Frauenorganisation auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete zu bekommen, dann müssen wir zuerst für die Möglichkeit der Bewegungsfreiheit sorgen, indem wir gegen die Hausindustrie ankämpfen, für kürzere Arbeitszeit eintreten und vor allen Dingen uns gegen das wenden, was die herrschenden Klassen das Vereinsrecht zu nennen belieben.

In welchen Formen die Frauenagitation sich zu bewegen hat, können wir auf diesem Parteitag nicht festlegen; wir haben erst zu lernen, wie wir unter den Frauen agitieren müssen. In der Resolution, die Ihnen vorgelegt ist, wird vorgeschlagen, Vertrauenspersonen unter den Frauen zu wählen, die die Auf-

gabe haben, die gewerkschaftliche und wirtschaftliche Organisation unter den Frauen anzuregen, einheitlich und planmäßig zu gestalten. Der Vorschlag ist nicht neu; er ist im Prinzip auf dem Parteitag in Frankfurt angenommen und in einzelnen Gegenden bereits mit bestem Erfolg durchgeführt worden; es wird sich zeigen, daß derselbe, auf größerer Stufe durchgeführt, geeignet ist, die proletarische Frau in größerem Umfange zur proletarischen Bewegung heranzuziehen.

Aber nicht nur mündlich soll die Agitation betrieben werden. Eine große Zahl von Indifferenten kommt nicht in unsere Versammlungen, zahllose Gattinnen und Mütter können gar nicht in unsere Versammlungen kommen – es darf auch unmöglich die Aufgabe der sozialistischen Frauenagitation sein, die proletarische Frau ihren Pflichten als Mutter und Gattin zu entfremden; im Gegenteil, sie muß darauf wirken, daß sie diese Aufgabe besser erfüllt als bisher, und das im Interesse der Befreiung des Proletariats. Je besser die Verhältnisse in der Familie, die Wirksamkeit in ihrem Heim, um so kampffähiger wird sie. Je mehr sie die Erzieherin und Bildnerin ihrer Kinder sein kann, um so mehr kann sie sie aufklären, kann sie dafür sorgen, daß sie mit der gleichen Begeisterung und Opferfreudigkeit wie wir in Reih und Glied weiterkämpfen für die Befreiung des Proletariats. Wenn der Proletarier dann sagt: „Mein Weib!“ setzt er in Gedanken hinzu: „die Genossin meiner Ideale, die Gefährtin meiner Kämpfe, die Bildnerin meiner Kinder zum Zukunftskampfe!“ So manche Mutter, so manche Gattin, die Mann und Kinder mit Klassenbewußtsein erfüllt, leistet genausoviel wie die Genossinnen, die wir in unseren Versammlungen sehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn daher der Berg nicht zu Mohammed kommt, muß Mohammed zum Berg gehen: Wir müssen den Frauen den Sozialismus durch eine planmäßige schriftliche Agitation brin-

gen. Und dazu schlage ich Ihnen die Verteilung von Flugblättern vor; nicht von traditionellen Flugblättern, die auf einer Quartseite das ganze sozialistische Programm zusammenstopfen, die ganze Wissenschaft unseres Jahrhunderts geben – nein, kleine Flugblätter, die eine einzige praktische Frage unter einem einzigen Gesichtswinkel erörtern, vom Standpunkt des Klassenkampfes aus, das ist die Hauptsache. Und die Frage der technischen Herstellung der Flugblätter darf uns auch nicht gleichgültig sein. Nicht traditionell das schlechteste Papier und der schlechteste Druck – ein solch schlecht ausgestaltetes Flugblatt knüllt die proletarische Frau, die nicht den Respekt vor dem gedruckten Wort hat wie der Proletarier, einfach zusammen und wirft es weg –, sondern, wie es die amerikanischen und englischen Temperenzler tun, kleine Büchelchen von 4 bis 6 Seiten Inhalt, deren Ausstattung nett ist. Denn soweit ist auch die Proletarierin Frau, daß sie sagt: Ach, das Dingelchen ist so nett, das muß ich aufheben! (Heiterkeit und Zurufe.) Und wir müssen die Sätze, auf die es ankommt, mit großen, fetten Buchstaben drucken; dann wird sie nicht vom Lesen abgeschreckt, ihre geistige Aufmerksamkeit wird sozusagen an einem Nagel aufgehängt.

Den Plan, eine besondere Frauenzeitung zu gründen, kann ich nicht befürworten, weil ich persönliche Erfahrungen gemacht habe; nicht etwa als Redaktrice der „Gleichheit“ – die ist nicht für die Massen der Frauen bestimmt, sondern für die Vorgeschnittenen –, aber als Verteilerin von Literatur unter den Arbeiterinnen. Angeregt durch das Vorgehen der Frau Gnauck-Kühne, habe ich wochenlang Zeitungen unter den Arbeiterinnen einer bestimmten Fabrik verteilt und habe mich überzeugt, daß sie sich aus dem Inhalt nicht das aneignen, was aufklärend, sondern einzig und allein, was unterhaltend und amüsan ist. Deshalb würden sich die großen Opfer, die eine billige Zeitung erfordert, nicht lohnen.

Aber wir müssen auch eine Reihe von Broschüren schaffen, die der Frau den Sozialismus näherbringen in ihrer Eigenschaft als Proletarierin, als Gattin, als Mutter. Wir haben, ausgenommen die kräftige Broschüre der Frau Popp, keine einzige, die den Anforderungen genügt. Auch unsere Tagespresse muß mehr als bisher tun. Einige Tageszeitungen haben ja den Versuch gemacht, durch die Ausgabe einer besonderen Frauenpost die Frauen aufzuklären; die „Magdeburger Volksstimme“ ist mit gutem Beispiel vorangegangen, und Genosse Goldstein in Zwickau ist mit Geschick und Erfolg in diesen Bahnen weitergegangen. Aber bisher hat die Tagespresse sich angelegen sein lassen, vor allem die proletarische Frau als Abonnentin zu gewinnen, man hat ihrer Unaufgeklärtheit, ihrem schlechten, ungebildeten Geschmack geschmeichelt, statt sie aufzuklären.

Ich wiederhole, das sind nur Anregungen, die ich Ihrer Begutachtung unterbreite. Die Frauenagitation ist schwer, ist mühsam, erfordert große Hingabe und große Opfer, aber diese Opfer werden belohnt werden und müssen gebracht werden. Denn wie das Proletariat seine Befreiung nur erlangen kann, wenn es zusammen kämpft ohne Unterschied der Nationalität, ohne Unterschied des Berufes, so kann es seine Befreiung auch nur erlangen, wenn es zusammensteht ohne Unterschied des Geschlechts. Die Einbeziehung der großen Masse der proletarischen Frauen in den Befreiungskampf des Proletariats ist eine der Vorbedingungen für den Sieg der sozialistischen Idee, für den Ausbau der sozialistischen Gesellschaft.

Erst die sozialistische Gesellschaft löst den Konflikt, der heutigentags gezeitigt wird durch die Berufstätigkeit der Frau. Wenn die Familie als wirtschaftliche Einheit verschwindet und an ihre Stelle die Familie als sittliche Einheit tritt, wird die Frau als gleichberechtigte, gleichschaffende und

gleichstrebende, mit dem Manne vorwärtsschreitende Gefährtin ihre Individualität fördern, gleichzeitig aber auch ihre Aufgabe als Gattin und Mutter im höchsten Maße erfüllen können.¹

„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Gotha vom 11. bis 16. Oktober 1896“, Berlin 1896, S. 160–168.

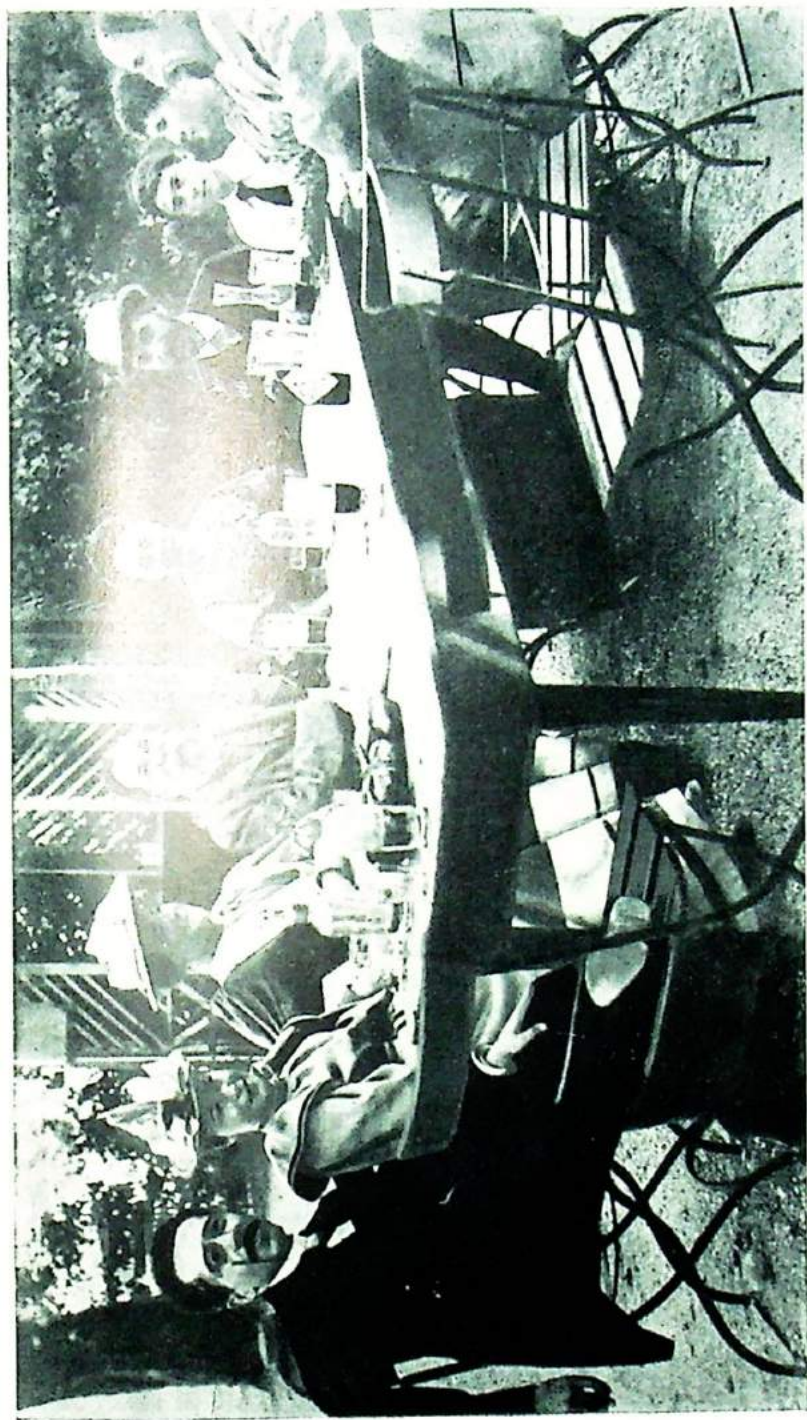
¹ Der Parteitag beschloß, das Referat Clara Zetkins als Broschüre drucken zu lassen. Die von ihr vorgelegte Resolution zur Frauenagitation wurde angenommen. *Die Red.*

Keinen Kahn und keinen Groschen

März 1897

Die seit langem die Luft der Politik durchschwirrenden Gerüchte von den „uferlosen Flottenplänen“ haben sich nun zu bestimmten Forderungen der Regierung verdichtet. Was diese für den Ausbau der Kriegsmarine heischt, das würde für die Jahre 1897 bis 1901 allein schon eine Ausgabe von 328 Millionen Mark verursachen. Und hinter dieser Summe marschieren andere Hunderte und aber Hunderte von Millionen Mark für weitere Panzerschiffe, Kreuzer, Torpedos usw. heran.

Was kümmert mich das? ruft vielleicht die eine oder andere Frau aus, die noch den herkömmlichen „echt weiblichen“ Abscheu vor der Politik bewahrt hat und „zarten Gemüts“ die öffentlichen Angelegenheiten als Dinge erachtet, die ihr durchaus fernliegen. Gemach, gemacht, Proletarierin! Ein wenig Geduld, und du wirst einsehen, daß Panzerschiffe und Kanonenboote Dinge sind, welche dich sogar ungemein viel kümmern. Denn auch aus deinem mageren Beutelchen wird Groschen auf Groschen genommen, auf daß die Hunderte von Millionen zusammenkommen, die, für die Kriegsflotte verausgabt, ehrgeizig-phantastische Träume von Deutschlands „Weltherrschaft“ verwirklichen sollen. In den stahlgepanzerten Schiffsungetümen, welche des Deutschen Reiches Überlegenheit anderen Nationen mit Kanonenkugeln schwersten Kalibers zum Bewußtsein zu bringen bestimmt sind, steckt



Während des Züricher Kongresses der II. Internationale 1893. Dritte von links Clara Zetkin,
rechts neben ihr Friedrich Engels, Julie Bebel und August Bebel.

ein Stück deiner Arbeit, deiner Sorgen, deiner Entbehrungen. Die Torpedos vollkommenster, das heißt zerstörungs- und mordkräftigster Konstruktion werden gebaut auf Kosten des Brotes und der Bildung deiner Kinder, auf Kosten der Überanstrengung deines Mannes. Die Herren, die von Deutschlands Weltmachtstellung zur See schwärmen, die in Gestalt einer höchstentwickelten Flotte des Mittels begehren, sich in die politischen Händel an den entferntesten Punkten der Erdkugel einzumischen, sie zahlen die Panzerkolosse, Avisos usw. nicht aus ihrer Tasche, obgleich diese recht groß und recht gut gefüllt ist. Auch der flotten- und schlachtfrohe Staatssekretär von Hollmann holt nicht aus seinem Säckel einen ansehnlichen Beitrag zu den geforderten Millionen heraus. Daß bei den marinebegeisterten Herren von Kardorff, Hammacher und ihren Parteifreunden¹ die Erkenntnis der „patriotischen Pflicht“ stets sich nur auf das Bewilligen von Regierungsforderungen erstreckt und nie auf das Begleichen der Rechnung dafür ausdehnt, „ist eine alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu“.

Wer also ist es, der für die geforderten 328 Millionen aufkommen muß, in naher Zukunft für weitere 166 Millionen, die hundert Millionen nicht gerechnet, welche schon jetzt die Kriegsmarine jährlich Deutschland kostet? Das ist in der Hauptsache die breite Masse des werktätigen Volkes, Proletarierin; das ist auch dein Mann, der so angestrengt schantzt und so wenig erwirbt; das bist du, die du so schwer schaffst und noch schwerer sorgst; das sind deine Kinder, die jung arbeiten und von Geburt an entbehren müssen. Die Tausende von Millionen, die das Deutsche Reich für Heer und Flotte verausgabt, werden nicht aufgebracht durch Steuern vom Vermögen, vom Einkommen. Nicht im Verhältnis zu dem Umfange ihres Geldsacks, zu dem Inhalt ihres diebs- und feuer-

¹ Gemeint sind die Freikonservativen (Kardorff) und die Nationalliberalen (Hammacher). *Die Red.*

sicheren Kassaschranks tragen die Mark- und Talermillionäre zu ihnen bei. Diese Riesensummen fließen zum überwiegenden Teil aus dem Ertrag der indirekten Steuern und Zölle zusammen. Diese belasten die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse, deren auch der Habenichts nicht entraten kann, und verteuern sie künstlich.

Dank der indirekten Steuer muß die Hausfrau das Pfund Salz mit sechs Pfennig teurer bezahlen, der Zoll steigert den Preis des Pfundes Kaffee um zwanzig Pfennig; Mehl, Brot, Zucker, Schmalz, Petroleum, Seife, Zwirn, Stoffe, Nadeln, kurz alles, was die proletarische Hausfrau für die Wirtschaft, die Arbeiterin für ihren Unterhalt bedarf, was ihr Arbeitsmittel ist: es ist verzollt und versteuert und deshalb teurer. So greift der Staat in die Taschen der Armen und Ärmsten und zwingt sie, für die „Großmachtstellung des Reiches“ nicht bloß zu zahlen, sondern den Löwenanteil zu zahlen.

Merkst du nun, Proletarierin, welches Interesse du daran hast, daß für den Bau weiterer Panzerschiffe, die Anschaffung neuer Schiffskanonen und anderer im Seekriege dienender Mordwerkzeuge der vervollkommensten Art nicht weitere Hunderte und Hunderte von Millionen im buchstäblichsten Sinne des Wortes ins Wasser geworfen und verpulvert werden? Oder hättest du vergessen, wie ärmlich deine Lage ist, welch düstere Schatten tagtägliche Sorgen auf dein Leben werfen? Das kannst du nicht, denn welcher der Tag, denn welche die Stunde, wo du die Bitternisse deines Loses nicht empfändest?

Du bist sparsam, wirtschaftende Hausfrau, die Not zwingt dich, es zu sein. Schmal bemessen ist das Wirtschaftsgeld, das der Mann dir jede Woche oder alle vierzehn Tage in die hartgearbeitete Rechte drückt. Und die Familie ist zahlreich, vielerlei sind die Bedürfnisse, die du decken mußst. Du darbst dir den Bissen am Munde ab, damit die Kleinen nicht hungern. Auch

ohne die berühmten Kochrezepte bürgerlicher „Wohltäter“ verstehst du die Kunst, aus Knochen und Abfällen „Kraftbrühe“, aus Resten ein neues Gericht zu bereiten. Du bist Meisterin, wenn es gilt, aus dem abgelegten Rocke des Vaters ein Jäckchen für den Knaben zusammenzuschneiden; auch dem Schuhmacher pfuschst du gelegentlich ins Handwerk. Und trotz alledem wälzt sich Sorge auf Sorge an dich heran, trotz alledem bist du blutenden Herzens Zeuge, wieviel die Deinen entbehren müssen, und nicht etwa das Überflüssige, nein, das Nötige.

Seufzend gedenkst du des Töchterchens, das mit durchlöcherten Schuhen zur Schule geht, und die Witterung ist nicht barmherzig: Regen und Schnee fällt ohne Rücksicht auf proletarischer Kleinen zerrissenes Schuhwerk. Wie brennend schmerzt es dich, daß du außerstande bist, dem blassen, hohlwangigen Mann die vom Arzte verordnete kräftige Kost reichen, ab und zu für ihn ein gutes Beefsteak, ein Glas stärkenden Weins auf den Tisch bringen zu können! Winzig sind die Fleischportionen, die du aufträgst, und es fehlt nicht an Mahlzeiten, wo ein Stück „Hottehü“ oder ein paar Heringe den „Braten“ ersetzen. „Es geht nicht, daß wir besser leben, daß wir kräftig und genug essen, daß wir uns gut kleiden, daß wir gesund und gemütlich wohnen“, klagst du. „Es ist alles so teuer.“ Jawohl, alles, was das Leben gesund, angenehm, schön, bequem, inhaltsreich zu gestalten vermag, es ist zu teuer für deine Armut, und das Unentbehrlichste verteuert dir der Staat noch künstlich durch Abgaben.

Du bist Arbeiterin. Nach langen Stunden schwerer Fron erhältst du deinen sauer verdienten Lohn ausgezahlt. Er ist gar karg, und doch muß er dir ausreichen, deine gesamte Existenz zu bestreiten. Und im Verhältnis zu den paar Pfennigen, die du für deines Lebens Notdurft verausgaben darfst, ist alles so teuer! Von der Zichorienbrühe an, die dir die Vermieterin

der Schlafstelle des Morgens kredenzt, bis zur Schmalzstulle, die oft dein ganzes Abendbrot bildet. Und der Staat hat dir alles, alles durch Zölle und Steuern noch mehr verteuert.

Die Folge davon, Proletarierin? Magst du wirtschaftende Hausfrau oder erwerbstätige Arbeiterin sein, diese künstliche Verteuerung zwingt dich, zwingt die Deinen zu darben. Je mehr der Staat durch seine Zölle und Steuern die Preise in die Höhe treibt, um so winziger ist die Kaufkraft deines schwind-süchtigen Portemonnaies, um so dürftiger mußt du leben, um so härterer Mangel tritt an die Deinen heran, um so schwieriger gestaltet sich der Kampf für eure Existenz. Und da sollte es dich nicht kümmern, wenn die Regierung mehr Panzerschiffe, mehr Torpedos, mehr Kanonen fordert? Was denn bedeutet diese Forderung? Daß diese kunstreichen, glänzenden Dinger bezahlt werden müssen vom Volke, daß die Steuerlasten wachsen, daß die Welt der Arbeit den Schmachtriemen fester anzuziehen gezwungen ist. Und du, Proletarierin, hättest dein gerüttelt und geschüttelt Maß der neuen Lasten in Gestalt vermehrter Sorgen und ärmlicherer Lebenshaltung zu tragen.

Und warum? Etwa weil im Interesse „der Größe und Würde des Vaterlandes“ der Staat dafür sorgt, daß es nicht mehr Greise und Greisinnen im Lande gibt, deren einzige Zuflucht am Lebensabend das Spittel oder das Armenhaus ist, wenn nicht gar der Straßengraben? Daß nicht mehr Kinder zu Tausenden und Hunderttausenden heranwachsen, deren reiche Fähigkeiten verkümmern, weil die Armut der Eltern ihre Entfaltung mit eisernem Druck darniederhält? Daß nicht mehr Familien existieren, die in den ungesundesten Löchern in drangvoll fürchterlicher Enge zusammengepfercht hausen? Daß die Masse in wirtschaftlichen Verhältnissen lebt, die ihr nicht bloß das Brot verbürgen, vielmehr auch eine hohe Entwicklung der geistig-sittlichen Persönlichkeit, der Freiheit?

Mitnichten, Proletarierin. Man sinnt dir an, unter dornenreicheren Sorgen zu schaffen, eine kümmerlichere Existenz mit deiner Familie zu fristen, damit sich der Militarismus auch auf dem Gebiete der Marine zum alles verzehrenden Ungeheuer auswachsen kann.

Wie erklärte doch der Staatssekretär von Hollmann vor der Reichstagskommission? „Die Marine soll nicht im Hafen liegen und sich verkriechen, sondern sich schlagen.“ Das Schlagen, die Schlachten, das ist des Pudels Kern.

Über alle Tagesinteressen hinaus hast du, Proletarierin, gerade deshalb einen dauernden zwingenden Grund, gegen die erhobene Forderung mit aller Schärfe zu protestieren. Denn der Militarismus, der von den Besitzenden und Gewalthabern auf Kosten des Volkswohls großgezogen wird, er ist bekanntlich der Heiland, von dem die bürgerliche Gesellschaft die Rettung vor dem „inneren Feind“ erhofft. Der „innere Feind“ aber, Proletarierin, du weißt es wohl, das ist dein Mann, das sind deine Kinder, deine Brüder und Schwestern, das bist du selbst, dafern ihr alle, die ihr säet, ohne zu ernten, für euer Recht in Gegenwart und Zukunft kämpft. Nicht nur die Rücksicht auf deine Armut, der Hinblick auf deine Befreiung, auf die Befreiung deiner Klasse macht dir deshalb zur heiligen Pflicht, auf die Forderung der Flottenschwärmer mit der Sozialdemokratie zusammen zu antworten: „Für diese Marine keinen Kahn und keinen Groschen.“

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 31. März 1897.

Dem Proletariat
die beste sozialistische Literatur!

*Rede auf dem Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Hamburg*

5. Oktober 1897

Ich will mich nur kurz gegen den Genossen Hoffmann wenden. Seine Ausführungen waren – er möge den Ausdruck entschuldigen, ich bin überzeugt, daß es nicht beabsichtigt war – im höchsten Grade demagogisch gehalten. („Sehr richtig!“) Sie waren darauf zugespißt, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen der schwierigen Faust und dem Proletarier der Kopfarbeit, und zwar wurde der Anschein erweckt, als werde hinsichtlich der Veröffentlichung von Parteiliteratur der Handarbeiter zurückgesetzt hinter den Akademiker. Es ist meine Überzeugung, daß niemand in unserer Partei nach dem Beruf und der Stellung des Verfassers fragt, sondern nach dem Grade seines politischen und sozialen Geschultseins. Das ist der Maßstab, nach dem wir unsere Parteiliteratur, unsere Presse zu beurteilen haben, und es drängt mich, hier auszusprechen: Wenn wir die Literatur, die Hoffmann verteidigt hat, nach ihrem Inhalt beurteilen, so müssen wir sagen: Gewogen und zu leicht befunden! Der Erfolg jener Broschüren, auf den er sich beruft, ist noch kein Beweis für ihre Güte, sondern nur dafür, wie gering die Ansprüche ihrer Leser sind; er beweist, daß man sich in den Kreisen der Genossen noch vielfach bestechen läßt durch die populäre leichte Form, durch das Witzwort, durch Schlager,

kurz, durch alle die Eigenschaften, die den Genossen Hoffmann als Schriftsteller und Redner auszeichnen und die ihm auch vorhin hier seinen Erfolg verschafft haben. Aber wenn wir bezüglich des Inhalts fragen: Was lassen diese Broschüren als sozialistischen Kern zurück, was leisten sie für die Ausbreitung unserer Grundsätze, für die Aufklärung in betreff unserer Ziele? – dann kommen wir zu der Überzeugung, daß es besser wäre, jener billige Erfolg wäre nicht erreicht worden. Nichts scheint mir gefährlicher, als daß man hingehet und unsere Ideen in oberflächlicher und schiefer Weise vertritt.

Nicht den Proletarier mundtot machen heißt es, wenn man an den Inhalt große Ansprüche stellt, im Gegenteil: Der Proletarier, der für seine Fortbildung ein großes Maß von Energie, von Hingebung, von Begabung aufwendet, verdient alle Hochachtung, alle Anerkennung und vor allem alle Unterstützung und Förderung. Aber unsere Broschüren sind nicht ein Experimentierfeld für strebsame Genossen, die sich bilden wollen. Die Gelegenheit zur Weiterentwicklung liegt in anderer Richtung. Was hinaus geht, das muß schon möglichst vollendet sein. Gerade für die noch unaufgeklärten Massen des Proletariats ist das allerbeste gerade gut genug. (Beifall.) Deshalb möchte ich entschieden Verwahrung dagegen einlegen, daß der Standpunkt des Genossen Hoffmann bezüglich der Beurteilung unserer Parteiliteratur maßgebend wird. Wenn heute die Broschüren, die sein Entzücken hervorrufen, eine herbe Kritik erfahren haben, so ist das kein Anzeichen, daß einzelne Parteigenossen mißgünstig sind, einzelne Parteigenossen anderen Hindernisse in den Weg legen wollen, sondern es ist ein erfreuliches Anzeichen, daß die Parteigenossen auf ein höheres geistiges Niveau aufgerückt sind, daß sie höhere Ansprüche stellen und mit der sogenannten populären, seichten Literatur sich nicht mehr begnügen. Und wenn wir weiter in dieser Richtung streben wollen, dann wäre nichts törichter, als sich auf den Standpunkt des Genos-

sen Hoffmann zu stellen. Nicht herunterschrauben sollen wir unsere Ansprüche, sondern umgekehrt, wir müssen sie immer höher und höher steigern. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Hamburg vom 3. bis 9. Oktober 1897“,
Berlin 1897, S. 111.

Wahlbeteiligung zur Revolutionierung der Massen

*Rede auf dem Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Hamburg*

8. Oktober 1897

Ich gehöre mit zu denen, die darauf hinwirken möchten, daß sich unsere Partei bei den preußischen Landtagswahlen auf die Ebene begibt, die als schiefe bezeichnet worden ist. Mir erscheint sie allerdings als ein ausgedehntes Blachfeld für den Klassenkampf (Rufe: „Oho!“), wo wir neue proletarische Massen in die Gefechtslinie führen können. Wie lagen die Verhältnisse für uns in Köln¹? Sie lagen so, daß wir die Frage formulierten: Können wir uns mit Vorteil an den Landtagswahlen beteiligen? Unter Vorteil verstanden wir besonders die Eroberung von Mandaten. Anders liegen die Dinge heute. Heute haben sich die Verhältnisse derart geändert, daß ihr Gebot lautet: Wir müssen uns an den Wahlen zum Preußischen Landtage beteiligen, um schwerwiegende Nachteile zu verhindern. Treffend hat Genosse Auer nachgewiesen, wie zahlreich und vielgestaltig die Verhältnisse sind, auf welche der Preußische Landtag einen bestimmenden Einfluß ausübt, und wie tief er mit seiner Macht eingreift in das alltägliche Leben einer großen Anzahl von Staatsbürgern. Wir stehen jedoch noch einer anderen Erscheinung gegenüber.

Je mehr die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts vorwärts-

¹ Gemeint ist der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Köln vom 22. bis 28. Oktober 1893. *Die Red.*

schreitet von Sieg zu Sieg, je mehr ihr Einfluß steigt, um so größer wird auch die Neigung der Gegner, wichtige, entscheidende Materien aus dem Reichstag abzuschieben in die Einzellandtage („Sehr richtig!“), weil es dieselben reaktionären Mächte sind, die zusammengesetzt werden auf Grund von Wahlsystemen, die den Schwerpunkt der Macht in die Hände der Besitzenden legen. Ganz besonders gilt das von dem Preussischen Landtag, der unter der Vorherrschaft des Junkertums steht. Ich bin der Ansicht: Macht kann nur durch Macht bezwungen werden. (Beifall.) Eine Macht aber, die dem Junkertum erfolgreich entgegentritt, kann heute nur dadurch geschaffen werden, daß das Proletariat kämpfend auf der Bühne erscheint.

Und noch in anderer Beziehung hat sich die Situation geändert. Wir haben heute tatsächlich die Erscheinung, daß das Bürgertum ernste oppositionelle Anwandlungen hat. Ich trete durchaus nicht der Wertschätzung der bürgerlichen Demokratie seitens meines Freundes Bernstein bei. Ich vergesse nicht, daß wir nicht eine Bourgeoisie haben, die eine „glorreiche Revolution“ durchgemacht hat wie ihre englische oder eine große Revolution wie ihre französische Schwester. Ich bin eingedenk, daß unsere Bourgeoisie nur ihr 1848 gehabt hat, wo sie aus Furcht vor den ersten instinktiven Zuckungen des Proletariats mit Junkertum und Absolutismus paktiert hat, und ich vergesse nicht über der Opposition von heute den Verrat von gestern. Aber wenn es mir auch nicht einfällt, ihre heutige Opposition etwa einzuschätzen als die Tage eines sonnenkräftigen, knospensprengenden demokratischen Lenzes, sondern vielmehr als den bleichen Altweibersommer – und der dauert nicht lange –, übersehe ich doch nicht, daß tatsächlich gegenwärtig die Bourgeoisie der Regierung und dem Junkertum gegenüber ernstlicher als seit langem in der Opposition steht. Bourgeoisie und Junkertum haben vielfach entgegengesetzte wirtschaftliche Interessen, antagonistische poli-

tische und soziale Interessen. Heißer ist gegenwärtig der Kampf zwischen ihnen entbrannt, der Kampf zwischen befriedigten und unbefriedigten Appetiten. Und dieser Kampf wird verschärft durch den Zickzackkurs, durch absolutistische Neigungen, die eine moderne Bourgeoisie nicht ertragen kann. Denn die Bourgeoisie – wenn wir absehen von Kapitalmagnaten wie Krupp und Stumm, die sich auch bei feudalen Zuständen wohl befinden und sich zu feudaler Beschränktheit zurückentwickelt haben – braucht ein gewisses Mindestmaß an politischer Freiheit, um ausbeuten zu können. Es ist Pflicht der Sozialdemokratie, dieses Mindestmaß an Freiheit mit eringen zu helfen, nicht der Bourgeoisie zuliebe, sondern im eigenen Klasseninteresse. (Beifall.) Ich bin überzeugt, daß die bürgerlichen Oppositionsanwandlungen schwächer werden in dem Maße, als der Klassenkampf sich zuspitzt. Aber gerade wenn dem so ist, so sage ich: Es ist eine Notwendigkeit, daß das Proletariat in den preußischen Landtagswahlen aktiv auf die Bühne tritt und die Opposition stärkt, bis es schließlich die endgültige Führung im Kampfe gegen die Reaktion übernimmt. Denn vergleichen Sie doch die Haltung der bürgerlichen Opposition im Preußischen Landtag und im Reichstag. Sie werden finden, daß im Reichstag die bürgerliche Opposition, die bei den Wahlen mit der Abrechnung der Massen zu rechnen hat, eine weit schärfere ist als im Preußischen Landtag, wo die Herren hübsch unter sich bleiben. Beteiligen wir uns an den Wahlen zum Preußischen Landtag, so haben wir die beste Gelegenheit zur öffentlichen Abrechnung mit der Politik der Regierung und der Politik aller bürgerlichen Parteien. Auch bezüglich der vom Landtage zu entscheidenden Fragen erscheint dann die Sozialdemokratie klar als die vornehmste Vorkämpferin für die Interessen der Massen.

Es wird behauptet, daß wir nicht imstande sind, die Massen für diesen Kampf zu interessieren; man hat gegen unsere

Beteiligung die Schwierigkeiten angeführt, welche der Überzeugungstreuen Abstimmung der Arbeiter entgegenstehen. Ja, Genossen, ich frage Sie, wann sind denn je die Schwierigkeiten ein Grund gewesen, um Sozialdemokraten vom Kampfe zurückzuhalten? (Lebhafter Beifall.) Haben uns die Schwierigkeiten in der Gewerkschaftsbewegung abgeschreckt? Haben nicht unsere österreichischen Genossen, die unter ähnlichen Verhältnissen indirekt und mit öffentlicher Abstimmung zu wählen haben, den Kampf aufgenommen?

Wann, frage ich Sie weiter, haben wir den Schwerpunkt unserer Beteiligung an den politischen Wahlen allein auf die Eroberung von Mandaten gelegt? Bei aller Wertschätzung der Mandate haben wir doch allzeit betont, daß wir den Schwerpunkt unserer Wahlbeteiligung in ihrer agitatorischen Wirkung auf die Massen erblicken. Bedeutsam sicher ist die positive Arbeit in den Parlamenten, aber als positivste aller Arbeiten haben wir noch stets erachtet, das Denken, die Auffassung der Massen zu revolutionieren. (Lebhafter Beifall.) Die Landtagswahlen bieten uns reichliche Gelegenheit dazu, denn die Agitation muß dann an eine Reihe von Fragen anknüpfen, die von unmittelbarem Lebensinteresse für die Massen sind und die bei der Agitation zu den Reichstagswahlen nicht gründlich erörtert werden können. Mit dem neuen Agitationsstoff packen wir neue Massen. Von dem Augenblick an, wo wir uns an den Landtagswahlen beteiligen, gewinnt das ganze politische Leben Preußens eine ganz andere Perspektive, einen ganz anderen Hintergrund. Es wird aus einem halbfeudalen ein modernes politisches Leben, es tritt in das Zeichen des Klassenkampfes, in dem das Proletariat eine aktive Rolle spielt, und aus diesem Grunde halte ich unsere Beteiligung an den Landtagswahlen für notwendig. Und weiter auch mit Rücksicht auf die Beseitigung des Dreiklassen-Wahlsystems^[10]. Kommen Sie nicht damit, wir werden dieses Wahlsystem vermittels des Reichstages be-

seitigen. Ich bin überzeugt, daß vielmehr die Tendenz der politischen Entwicklung Deutschlands den anderen Weg gehen wird: Bedrohung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts zum Reichstag durch die Einzellandtage. Der Vorstoß gegen das Vereins- und Versammlungsrecht spricht sehr dafür. (Lebhafte Zustimmung.) Außerdem ist die Wahlenthaltung die schwächlichste jeder Protestaktion. („Sehr richtig!“) Wenn wir den bloßen Protest beschließen, werden unsere Gegner sich ins Fäustchen lachen. Sie werden sagen, wir lassen euch sehr gern das billige Vergnügen, gegen uns zu protestieren, wir behalten die Macht, euch zu diktieren. (Lebhafter Beifall.) Und, Genossen, eine äußerliche Demonstrationspolitik ist bei uns undurchführbar bei dem Charakter der Deutschen und unserer gesamten geschichtlichen Entwicklung. Das zeigt auch die Geschichte und der Charakter der Maifeier. Ich versichere Ihnen eins: So bereit ich jederzeit bin, meine Person einzusetzen in den Klassenkampf, möchte ich nicht die Verantwortung übernehmen, angesichts der gegenwärtigen hysterischen Nervosität der Herrschenden zu einer rein äußerlichen Demonstrationspolitik zu drängen. Der wichtigste Protest bleibt die Wahlaktion, die Wahlbeteiligung. (Beifall.)

Wenn wir nicht Erfolge erringen in Gestalt von Mandaten, so bin ich doch überzeugt, daß die Saat, die wir ausstreuen, üppig in die Halme schießt und daß wir sie einernten werden bei den Reichstagswahlen. (Beifall.) . . .

Wenn wir uns in Preußen an den Landtagswahlen beteiligen, so wird auch hier das Wort gelten, des bin ich überzeugt: Heute wagen wir, über ein Weilchen schlagen wir! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Hamburg vom 3. bis 9. Oktober 1897“,
Berlin 1897, S. 188–191.

Wider den Brotwucher!

Juni 1898

„Wie teuer ist das Brot, und wie bald ist ein Laib aufgegesen!“ Welche proletarische Hausfrau und Mutter hat nicht schon diesen Seufzer ausgestoßen und dabei bekümmert die hungrigen Mägen überzählt, die an ihrem Tische tagtäglich gefüllt sein wollen. Ganz besonders aber in den letzten Wochen muß die bange Sorge ihr wieder und wieder den Ausruf abgepreßt haben. Die Brot- und Mehlpreise sind gewaltig in die Höhe gegangen, um 2, fast 3 Pfennig für das Pfund. In Chemnitz ist zum Beispiel der Preis für den Sechspfundlaib von 62 auf 68 Pfennig gestiegen; in Aachen kostete der Vierpfünder vor etwa anderthalb Monaten 32 Pfennig, jetzt dagegen kommt er auf 40 bis 42 Pfennig zu stehen; in Breslau wird das vierpfündige Schwarzbrot mit 47 statt mit 31 Pfennig bezahlt, das Weißbrot gleichen Gewichts mit 50 statt mit 33 Pfennig usw. Wo der Preis des Brotes nicht gestiegen ist, hat sich das Gewicht bedeutend verringert. So wiegt zum Beispiel in Leipzig das „Sechsgroschenbrot“ nur noch $4\frac{1}{2}$ statt 6 Pfund. Aus anderen Orten wird die gleiche Tatsache gemeldet. Die Semmeln und Weißbrötchen haben überall an Gewicht abgenommen und sind ihrer Größe nach mehr als zierlich geworden. Die witzigen Berliner haben den winzigen Brötchen bezeichnenderweise den Namen „Kanitzbrötchen“^[11] beigelegt. Hier und da berichten die Zeitungen von einer Verschlechterung des Ge-

bäcks: Minderwertige Mehlsorten werden den besseren beigemischt. Kurz, überall Klagen, daß der Käufer für das gleiche Geld wie früher weniger Brot der Menge oder dem Nährwert nach erhält.

Und der Grund der Erscheinung, die sich nicht auf Deutschland allein beschränkt? Die Getreidepreise sind bedeutend gestiegen. Der Doppelzentner Weizen, der früher 15,8 Mark im Preise stand, kostet in einem gegebenen Augenblick 24 Mark, 24,6 Mark, ja 24,8 Mark; der Preis des Doppelzentners Roggen ist von 10,9 auf 17,8 Mark in die Höhe gegangen. Der Spanisch-Amerikanische Krieg^[12] ist es, der den augenblicklichen Anstoß zum Anziehen der Getreidepreise gegeben hat, die vermehrte Nachfrage nach Getreide und Mehl behufs Verproviantierung der Truppen wurde von den Spekulanten ausgenützt. Allein das Jobbertum vermochte nur Kapital aus der von dem Kriege geschaffenen Situation zu schlagen, weil die Lage auf dem Getreideweltmarkt dies ermöglichte. Infolge vorangegangener Mißernten in Rußland und Indien und anderer Umstände noch sind verhältnismäßig wenig Getreidevorräte vorhanden. Es mußte deshalb ein anhaltendes Steigen der Getreidepreise bewirken, als schlaue Spekulanten in Amerika große Mengen von Brotfrucht aufkauften und zurückhielten, ohne daß noch vorhandene bedeutende Vorräte davon auf den Markt geworfen wurden und einen Preisdruck ausüben konnten. Klar, offensichtlich erhärten die einschlägigen Verhältnisse, wie die Vorgänge des politischen, des allgemeinen wirtschaftlichen Lebens Einfluß ausübend in die Existenz der Frau eingreifen, wie dringend in der Folge deren Pflicht ist, sich um politische Angelegenheiten zu kümmern, wie unabweisbar ihr Recht, als vollberechtigte Staatsbürgerin an der Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse mitwirken zu können.

Aber nicht die augenblicklich entfesselte, reiche Profite einsäckelnde Spekulation allein ist es, die der deutschen Prole-

tarierin und ihren Angehörigen das Brot verteuert und sie zum härteren Entbehren zwingt. Schwerer als sie belastet seit Jahren der Getreidezoll das Budget der Armen, der kleinen Leute. Bereits 1879 eingeführt – kaum daß die deutsche Arbeiterklasse durch das Sozialistengesetz geknebelt worden –, ist er mit verständnisinniger Sorge für den Geldbeutel der schreienden, Strohdächer flickenden Junker wiederholt erhöht worden. Von 1887 bis 1891 betrug er sogar je Doppelzentner Weizen und Roggen den stattlichen Satz von 5 Mark und trieb den Brotpreis entsprechend in die Höhe. In dem letztgenannten Jahre wurde er auf 3,50 Mark herabgesetzt, so daß ihm zufolge diese ganzen Jahre über das Kilo Brot „bloß“ noch um 4 Pfennig verteuert worden ist. Denn es ist eine unbestreitbare Tatsache: Der Zoll treibt um seinen Betrag nicht nur den Preis für das eingeführte ausländische Getreide in die Höhe, er verteuert vielmehr auch die inländische Brotfrucht und damit Mehl und Brot um die entsprechende Summe. Die deutschen Brotesser müssen mithin nicht nur als Zollträger an den Staat die Millionen entrichten, welche der Zoll in die Kassen des Fiskus leitet, sondern sie müssen auch den Getreideproduzenten – das sind in erster Linie die Großgrundbesitzer – Hunderte und aber Hunderte von Millionen mehr für das inländische Getreide bezahlen.

Gerade weil dem so ist, ist ja die Einführung und Festlegung möglichst hoher Getreidezölle dem deutschen Junkertum ein Ziel, aufs innigste zu wünschen. Im Interesse der notleidenden Kleinbauern, so deklamieren mit dem Augenaufschlag frommer Nächstenliebe die erb- und schloßgesessenen Herren Ochsengrafen. In Wirklichkeit aber nur im Interesse der Großgrundbesitzer, welche genug Ackerboden ihr eigen nennen, um große Mengen Körnerfrucht auf den Markt bringen zu können. Das Kleinbäuerlein hat keinen Nutzen, dagegen vielfach nur Schaden von den hohen Getreidepreisen. Der Ernteertrag, den es von seinem Äckerchen einheimst, ist



Während des Internationalen Arbeitsschutzkongresses in Zürich 1897



so gering, daß er oft nicht den Bedarf der Familie deckt. Diese Tatsache haben wieder und wieder nicht bloß die „umstürzlerischen“ Sozialdemokraten nachgewiesen, sie wurde seinerzeit als durchaus richtig von dem damaligen Reichskanzler Caprivi anerkannt. Freilich, das Zeugnis des Mannes „ohne Ar und ohne Halm“, dem kein fühlendes Herz für die Not der champagnerbedürftigen „Edelsten und Besten“ in der Brust schlug, wurde von den Herren Agrariern als verdächtig erklärt. Ihn, wie den Herrn von Marschall, der sich um das Zustandekommen der Handelsverträge so verdient gemacht, holte zur Strafe für die Unbotmäßigkeit gegen der Krautjunker Wünsche der Lucanus^[13]. Jedemoch wurde der angeführte Standpunkt vollauf bestätigt durch die Ausführungen, die im März 1895 gelegentlich der Beratung des ersten Antrags Kautz der jetzige Reichskanzler, Fürst Hohenlohe, zur Sache machte. Und Fürst Hohenlohe nennt gar viele Are und Halme sein eigen, nicht bloß in Deutschland, auch in schöner Betätigung der Internationalität im Lande des „Erbfeindes“ im Westen, im Lande des „Erbfreundes“ im Osten, dazu in Böhmen und Ungarn.

Nicht weniger als rund 280 Millionen Mark ziehen jährlich, dank dem Getreidezoll, die Großgrundbesitzer aus den Taschen der deutschen Brotesser, denn um diesen Betrag wird die Menge des auf den Markt gebrachten inländischen Getreides infolge des Zolles verteuert. 280 Millionen Mark, die Reichen und Reichsten zufließen und aus dem Säckel der Armen und Ärmsten entnommen werden. Entnommen werden Pfennig für Pfennig, indem das notwendigste Lebensmittel, indem jeder Bissen Brot verteuert wird. Merkt euch das, deutsche Proletarierin, Frau des Handwerkers, kleinen Kaufmanns, Beamten usw., die ihr allesamt nicht bloß mit dem Groschen, sondern mit dem Pfennig rechnen müßt, unter harten Sorgen wirtschaftet und vieles entbehrt!

Mag die Frau der werktätigen Masse als Arbeiterin selbst ein kärgliches Einkommen erwerben, mag sie als Hausfrau mit dem bescheidenen Verdienst des Mannes wirtschaften: sie hat ein Lebensinteresse daran, daß das Brot nicht durch Getreidezölle verteuert wird. Die gegenwärtigen Notstandspreise müssen ihr das klar zum Bewußtsein bringen, müssen ihr offensichtlich zeigen, daß der Kapitalistenstaat einzig im Interesse der Besitzenden handelt, insbesondere aber zu Nutz und Frommen der junkerlichen Nimmersatte, wenn er durch Getreidezölle die Preise für Mehl und Brot künstlich in die Höhe schraubt.

Angesichts der infolge des Spanisch-Amerikanischen Krieges gestiegenen Brotpreise wäre es Pflicht einer volksfreundlichen Regierung und wirklich ernster Volksvertreter gewesen, durch Aufhebung der Getreidezölle die eine große Ursache der hohen Brotpreise zu beseitigen. Die Sozialdemokratie hat diese Maßregel beantragt, sie hat kein Gehör für ihre Forderung gefunden. „Agrarisch“ ist Trumpf in der Regierung und in der bürgerlichen Majorität. Bei der einen wie der anderen kann die Frau des werktätigen Volkes sich bedanken, wenn gegenwärtig ihre Sorgen wachsen, ihre Entbehrungen steigen.

Begreift die Frau des Volkes ihr Interesse in der Frage der Getreidezölle, so muß sie auch ihre Pflicht erkennen, gegen die Politik und die Politiker des Brotwuchers zu kämpfen. Die Begehrlichkeit der edlen Nachfahren der reitenden und raubenden Stegreifritter will sich nicht einmal mit den gesicherten Millionen aus dem Hunger des Volkes begnügen. Die Herren schreien nach höheren Liebesgaben aus dem Säckel der Armen. Die Aufhebung der Handelsverträge und die dann mögliche Einführung höherer Getreidezölle soll der deutschen Arbeiterfamilie das Brot jährlich statt um 30 bis 40 Mark um 70 bis 80 Mark verteuern. Von der eventuellen Annahme des Antrags Kanitz, demzufolge der Staat das Getreide zu Wucherpreisen von den Junkern kaufen und an die Konsumenten ver-

kaufen soll, hoffen die „Edelsten und Besten“ noch reichlicheren Gewinn. Einen Raubzug größten Stils auf die Taschen des armen Mannes, der armen Frau planen sie, und um ihn zu ermöglichen, sollen die Reichstagswahlen der „Politik der Sammlung“ zum Triumphe verhelfen, sollen sie eine Kartellmajorität in das deutsche Parlament bringen. Eine Kartellmajorität, welche zunächst die politischen Rechte des deutschen Volkes knebelt und meuchelt und dann den Säckel der wehrlosen, stummen Masse den Agrariern und Agrariergenossen zur Plünderung ausliefert.

Frau des arbeitenden Volkes, sei auf der Hut! Tue deine Pflicht, trage das deinige dazu bei, daß die Beutepolitiker, daß Konservative, Nationalliberale und Zentrümmer, die auf der Bank der Schutzzöllner sitzen, eine gründliche Niederlage erleiden. Biete deinen Einfluß auf, damit die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg erringt, denn sie ist die energischste Gegnerin der Politik des Brotwuchers, die energischste Vorkämpferin für die Beseitigung aller Zölle und Abgaben auf notwendige Lebensbedürfnisse. Jeder von der Sozialdemokratie eroberte Reichstagsitz, jeder Zuwachs an sozialdemokratischen Stimmen ist ein wuchtiger Schlag auf die raffgierigen Finger, die in deinen Beutel fassen und noch tiefer und tiefer hineinfassen wollen. Verteidige dein Brot, das Brot deines Mannes, vor allem das Brot deiner Kinder! Wider den Brotwucher, das sei eine der Losungen, unter der du für den Sieg der Sozialdemokratie streitest!

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 8. Juni 1898.

Der bevorstehende Parteitag der Sozialdemokratie zu Stuttgart

September 1898

Die letzten Reichstagswahlen ziehen ihre Kreise in den diesjährigen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hinüber; die Ankündigung schärfsten Kampfes seitens des Kapitalistenstaates gegen jede Aufwärtsbewegung der Arbeiterklasse umhüllt ihn. Diese beiden Umstände werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Stuttgarter Verhandlungen und Beschlüsse beherrschen und ihren Charakter prägen. Sie werden von wesentlichem Einfluß darauf sein, daß die Sozialdemokratie in ihrer Auffassung, ihren Beschlüssen scharf wie je als die Partei des revolutionären proletarischen Klassenkampfes auftritt und nicht als die ausgemauerte Partei zahmer sozialer Reformerei; daß sie scharf wie je ihr Endziel betont: die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse zum Zwecke der „Expropriation der Expropriateure“, der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und damit ihre unversöhnliche Gegnerschaft gegen den Kapitalistenstaat, statt einer staatsmännelnden Geneigtheit zur Kompromisselei mit diesem Staat, mit dieser Gesellschaftsordnung.

Denn nicht die Jubelfanfare über die in den letzten Wahlen errungenen bedeutenden Siege der Sozialdemokratie werden in den Debatten vorklingen, so berechtigt diese Jubelfanfare auch sind. Vorklingen wird vielmehr die kühl abwägende Kritik an unserer Betätigung, unseren Erfolgen;

nicht die im Gefühle der Schwäche wurzelnde Kritik, welche aus Lust und Liebe zum Nörgeln das Errungene verkleinert, das Getane herabsetzt, wohl aber jene aus strotzender Lebenskraft geborene Kritik, welche in schöpferischem Drange die Erfolge mißt und wägt, das Gewirkte prüft, damit an Stelle des Viel das Noch-mehr trete.

Soviel Grund die Sozialdemokratie auch hat, mit Befriedigung auf das im letzten Wahlkampf Geleistete und Errungene zurückzublicken, so hat der Wahlausfall unseres Erachtens den gehegten Erwartungen doch nicht voll entsprochen. Wir denken dabei keineswegs an die überschwenglichen Hoffnungen einzelner bezüglich der Zahl der zu erobernden Mandate. Wir meinen vielmehr vor allem die Tatsache, daß es der Sozialdemokratie nicht gelungen ist, noch breitere Wählermassen aus ihrem Stumpfsinn zu wecken und an die Urne zu führen. Die Wahlbeteiligung war bekanntlich eine schwächere als 1893, und das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen – so stattlich es auch ist gegenüber den einschlägigen Verhältnissen der bürgerlichen Parteien – blieb hinter dem früherer Wahlen zurück. Die Sozialdemokratie wurde in schon erobertem Gebiet geworfen, in manch altem Stammsitz, den sie behauptete, ging die Zahl ihrer Wähler nicht unbeträchtlich zurück. Mit der alten Pflichttreue ist wohl auf der ganzen Linie gekämpft worden, mit der alten Kampfesfrische, der alten glaubensstarken Kampfesfreude dagegen nicht überall und nicht von allen.

Wir übersehen keineswegs die verschiedenen Ursachen, welche von Einfluß auf die gekennzeichneten Erscheinungen waren und zu deren Erklärung herangezogen worden sind. Aber auch wenn man ihre Bedeutung voll einschätzt, erweist sich unserer Meinung nach doch für viele Wahlkreise, daß die sozialdemokratische Wahlagitation diesmal hier und da an Werbekraft verloren hatte. Das Warum klarzustellen und die

Schlußfolgerungen dieser Klarstellung zu ziehen, halten wir für eine der wichtigsten Aufgaben des diesjährigen Parteitag.

Die Schlußfolgerungen können aber – so will uns bedünken – nur die sein, daß die wachrüttelnde und werbende Kraft der Sozialdemokratie der Masse gegenüber um so größer und unwiderstehlicher ist, je schärfer, unzweideutiger sie mit den Augenblickszielen des Wahlkampfes die Endziele des proletarischen Klassenkampfes betont; je rückhaltloser sie auftritt nicht bloß als die Partei der energischsten, schroffsten Opposition gegen die jeweilige reaktionäre Regierungspolitik, vielmehr als die unerbittliche Gegnerin der herrschenden Gesellschaftsordnung und ihres Staates; als unbeugsame Vorkämpferin für eine neue Welt und nicht lediglich als Befürworterin einer Reform der alten Ordnung der Dinge. Unsere Erfolge waren nicht dort am größten, wo die Sozialdemokratie seit langem unter der proletarischen Masse einen festen Anhängerstamm besitzt und wo daher vielfach, unwillkürlich und unbewußt, der Schwerpunkt der Agitation nicht auf unsere Endziele gelegt wurde, die als „olle Kamellen“ galten, sondern auf die von der Situation aufgedrängten nächsten politischen Aufgaben der Partei. Die glänzendsten Fortschritte erzielten wir dort, wo wir uns gleichsam einführen, vorstellen mußten, wo die Aufklärung über die Grundanschauungen der Sozialdemokratie notwendigerweise die Agitation beherrschte.

Eine kritische Erörterung unserer Tätigkeit bei den letzten Reichstagswahlen führt aber sicherlich zu Auseinandersetzungen über die Meinungsunterschiede, die betreffs unserer Grundsätze und unserer Taktik im Schoße der Partei aufgetaucht sind. Die theoretischen und taktischen Streitfragen, welche Bernstein am Vorabend der Wahl aufgeworfen hat – insbesondere seine geringschätzigte Bewertung des Endziels unserer Bewegung –, die angepriesene Taktik des Tauschhandels „Kanonen für Volksrechte“, die Haltung des „Vor-

wärts“ in Sachen der Kolonialpolitik, der Standpunkt Schipfels und Calwers in der Zoll- und Handelspolitik usw.: All diese gemauserten Anschauungen über unsere Grundsätze und unsere Taktik sind zweifellos nicht ohne Einfluß auf unsere Betätigung im Wahlkampf geblieben. Sie haben mittelbar und unmittelbar dazu beigetragen, unter unseren in den vordersten Reihen kämpfenden Parteigenossen vielfach jenen Pessimismus und Skeptizismus zu erzeugen, welche bewirkten, daß hier und da an Stelle der siegesgewissen Kampfesfreude lediglich ein müdes, kühles Pflichtgefühl trat; an Stelle des Kampfes für ein hohes, unverrückbares Endziel das Streben nach schätzbaren, aber kleinen Tageserfolgen, die Neigung, für ein Quentchen „positiver Errungenschaften“ ein Pfund grundlegender Forderungen preiszugeben.

Die Meinungsunterschiede müssen in den Debatten des Parteitags zu unzweideutigem Ausdruck gelangen, die Streitfragen müssen geklärt werden, eine einheitliche Stellungnahme der Partei ihnen gegenüber ist eine praktische Notwendigkeit. So verkümmern und tödlich es auf die Entwicklung der Partei einwirken müßte, wollte man sie in den starren Formelglauben einer wissenschaftlich-politischen Sekte einschnüren, so befruchtend die Mannigfaltigkeit der Meinungen und Gesichtspunkte in ihren Reihen ist: so muß sich doch die Freiheit der Auffassung über unsere Grundsätze und unsere Taktik innerhalb gewisser Schranken halten, welche bedingt sind durch das Wesen des proletarischen Klassenkampfes, durch die geschichtlichen Verhältnisse, innerhalb derer er sich in Deutschland abspielt. Nicht die öde Gleichförmigkeit des Herdentierturns darf das geistige Leben, die innere Entwicklung, die äußere Betätigung der Sozialdemokratie beherrschen, wohl aber muß jene Einheitlichkeit und Geschlossenheit vorhanden sein, welche, in einer gemeinsamen Erkenntnis wurzelnd, unumgängliche Voraussetzungen für einen

kraftvollen und erfolgreichen Kampf sind. In so hochwichtigen Fragen, wie sie im Parteileben zur Debatte stehen, diese Einheitlichkeit und Geschlossenheit zu wahren, ist eine der vornehmsten Aufgaben, welche dem Stuttgarter Parteitag obliegen.

Die vorläufige Tagesordnung des Kongresses sieht die Erörterung der aufgerollten Streitfragen nicht als einen besonderen Punkt vor. Innerhalb ihres Rahmens ist jedoch reichlich Gelegenheit zur Auseinandersetzung und Klärung darüber vorhanden. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes, ganz besonders aber der Überblick über den letzten Wahlkampf, der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit, Schippels Referat über die Zoll- und Handelspolitik, das nachträglich in die Tagesordnung aufgenommene Thema der Koalitionsfreiheit bieten genügend Anknüpfungspunkte für weitreichende, gründliche Debatten über die grundsätzlichen und taktischen Meinungsunterschiede. Uns scheint zwar, daß die beantragte zusammenfassende Verhandlung über unsere Taktik den bei verschiedenen Punkten der Tagesordnung einsetzenden Erörterungen vorzuziehen wäre. Einmal würden dadurch Wiederholungen vermieden, andererseits würde ein einheitlicheres und abgerundeteres Bild von den Anschauungen der Partei in den strittigen Fragen erzielt. Jedemnoch: Wie immer die Entscheidung des Parteitags darüber ausfallen mag, Hauptsache ist, daß es zu einer gründlichen, klärenden Auseinandersetzung kommt.

Diese Auseinandersetzung wird weder den Spaltungsbazillus in die Reihen der Partei tragen noch wird sie diese auf dem Abstieg zu dem Mischmasch einer „sozialen Demokratie“ zeigen. Von den diesbezüglichen Schäfer-Thomasiaden der Gegner gilt wie stets, daß der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Wie heiß auch immer hier und da die Geister aufeinanderplatzen mögen: Das Gros der Partei wird in den

Hauptpunkten in jener festen Geschlossenheit zusammenstehen, welche nicht die Folge einer äußerlich aufgezwungenen politischen Dressur ist, sondern der Ausfluß der inneren Übereinstimmung im Wissen und Wollen. Und wie weit auch in untergeordneten Punkten die Ansichten auseinandergehen sollten: Die Debatten werden erweisen, daß die Partei heute wie ehemals auf dem festen, unerschütterlichen Boden des Klassenkampfes steht, daß sie sich nicht von opportunistischen Lüftchen von diesem Boden weg nach rechts wehen läßt, vielmehr entschlossen auf der revolutionären Linie vorwärtsmarschiert. Es gehört eine größere Naivität dazu, als die Polizei sie erlaubt – im verwegenen Sinne des Wortes –, und eine ausbündigere Phantasie, als dichterische Begabung sie entschuldigt, wenn Gegner sich einreden, in unseren Zeitläuften könne in den Kreisen des klassenbewußten Proletariats etwelche Neigung dafür vorhanden sein, den feurigen revolutionären Renner, der einem weitgesteckten, aber deutlich erkennbaren Ziel zustürmt, in einen kapitalfrommen Reformgaul umzutrainieren, der sich geduldig vor den klapperigen Karren bürgerlicher Demokraten und Auch-Arbeiterfreunde spannen läßt. Der reichlich sprudelnde Redefluß Wilhelm II. zerstört aufs gründlichste jede Illusion, als ob die Sozialdemokratie je durch Überbordwerfen ihrer Grundsätze, durch Aufgeben ihrer Kampfstellung gegenüber der Regierung und dem Staate die Interessen des deutschen Proletariats wahren könne. Denn die Kaiserreden sind mehr als der temperamentvolle Ausdruck einer persönlichen Meinung, sie sind Zeichen der Zeit, welche künden, in welcher Richtung die Politik der herrschenden Klassen geht. Niederbüttelung und schrankenlose Ausbeutung der Arbeiterklasse, das sind die aufs innigste gewünschten Ziele der herrschenden Klassen, Ziele, welche sie mit allen Machtmitteln durchzusetzen suchen.

Die Verhandlungen und Beschlüsse des Stuttgarter Parteitags werden eine klipp und klare Antwort auf die reaktionären Drohungen geben. Sie werden zeigen, daß die Sozialdemokratie ruhig und gerüstet wie stets auf dem Plane steht, nicht als Paktierende, sondern als Kämpfende. Insbesondere auf den Schlag gegen das Koalitionsrecht der Gegenschlag! Nicht als mit einer Doktorfrage, nicht zur leeren Demonstration beschäftigt sich der Parteitag mit der Frage der Koalitionsfreiheit. Seine Stellungnahme muß vielmehr eine kräftige Aktion einleiten zur Erweiterung und Sicherung des Koalitionsrechts, dieses Lebensrechts des Proletariats. Eine kräftige Aktion im Reichstag und in den Landtagen, eine kräftige Aktion vor allem auch unter der Masse. Denn nicht die Parlamente, sondern die Massen sprechen das letzte, entscheidende Wort. Der Wechselbalg der *lex Recke*^[14] wurde im letzten Grunde nicht von der schwächlichen politischen Tugend der Nationalliberalen gefällt, er erlag dem Entrüstungssturm der Massen.

Die Notwendigkeit, die gefährdete Koalitionsfreiheit zu schützen, verleiht der Frage unserer Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen eine erhöhte Bedeutung. Höchstwahrscheinlich ist, daß die Reaktion das dem Proletariat angedrohte „Zuchthausgesetz“^[1] zunächst mit Hilfe des Preußischen Landtags unter Dach und Fach zu bringen versuchen wird. Da gilt es denn für die Sozialdemokratie mehr als je, die Massen gegen das gefährlichste aller deutschen Geldsackparlamente in Bewegung zu setzen. Wir hoffen, daß der Stuttgarter Parteitag, der sich mit der Frage der Wahlbeteiligung beschäftigen muß, der Situation entsprechend entscheidet, das Amendement Mittag^[15] aufhebt und auf die Resolution Bebel zurückgreift.

Die von der Partei nach Stuttgart entsendeten Vertreter

¹ Siehe S. 157 ff. des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

wissen, daß ihrer schwere und verantwortungsreiche Arbeiten harren. Aber sie sind auch überzeugt, daß die besonnene und pflichttreue Erledigung dieser Arbeiten einen Schritt vorwärts bedeutet, dem Siege entgegen. Klärung nach innen, kraftvoller Kampf nach außen – dies die Losung, unter welcher der Stuttgarter Parteitag zusammentritt und arbeitet, den Feinden zum Trutz, dem Proletariat zum Schutz.

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 28. September 1898.

Wider die Kompensationspolitik

*Reden auf dem Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Stuttgart*

I

3. Oktober 1898

Wenn ich hier den nämlichen Ton der Komplimentschneiderei anschlagen wollte, den der Reichstagsabgeordnete Heine mir gegenüber beliebt hat, so würde ich erklären, daß er mit sehr feinem advokatorischem Talent und Geschick den Versuch gemacht hat, den Boden des Kampfes zu verschieben. Niemandem von uns allen ist es eingefallen, den Reichstagsabgeordneten Heine wegen seiner Stellung zum Zukunftsstaat hier interpellieren zu wollen, es handelt sich hier wahrlich nicht um das Bild, das er sich vom Zukunftsstaat macht, auch nicht um die mehr oder weniger häufige Betonung unserer Endziele, sondern um etwas ganz anderes, um die ganz phantastischen Anschauungen, die sich der Reichstagsabgeordnete Heine von der kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft macht und die er in seiner Politik zum Ausdruck bringt. Seine Ausführungen haben übrigens auch ein sehr interessantes Licht auf seine Stellung zu den Endzielen geworfen. Der Reichstagsabgeordnete Heine hat hier erklärt, die mehr oder weniger häufige Betonung des Endziels ist nur eine Sache des Temperaments der Agitatoren. Ich habe geglaubt, daß die Betonung unseres Endziels bis jetzt Sache einer wissenschaftlichen Erkenntnis, einer politischen Überzeugung, nicht aber Sache des Temperaments ist. („Sehr wahr!“) Aber damit will ich mich jetzt nicht

beschäftigen, denn darum handelt es sich nicht, sondern um die Politik, die Genosse Heine vertreten hat und die er formuliert hat unter dem Schlagwort der Kompensationspolitik: Kanonen für Volksrechte. Auf deutsch gesagt: Schacherpolitik mit dem kapitalistischen Staat. Dazu hat der Parteitag Stellung zu nehmen, denn diese Erklärung ist nicht ohne Einfluß gewesen auf unsere Reichstagswahlagitation. Auch ich gehöre zu denjenigen Agitatoren, die durch Nord und Süd, durch Ost und West gekommen, und glauben Sie mir, so und so oft, wenn ich unser Programm, unsere Stellung zum Militarismus entwickelte, ist mir nicht nur von seiten der Gegner, sondern auch der Genossen entgegengerufen worden: „Kanonenfrage – Kompensationspolitik“. Und es wird viele Genossen geben, die bei der Agitation dieselbe Erfahrung gemacht haben. Ich glaube nicht, daß ich in dieser Beziehung vereinzelt dastehe. Die Anschauungen Heines gipfeln in dem Standpunkt, daß es Militärforderungen gibt, für die die Arbeiterklasse indifferent sein soll. Zu solchen gehört, seiner Meinung nach, zum Beispiel die Frage der Anschaffung neuer Geschütze.

Indifferent soll die Arbeiterklasse gegenüber der Frage der Bewilligung der Mittel für neue Geschütze sein, die – nachdem der Zar unter die Friedensstifter gegangen ist – vielleicht viel eher gegen den inneren Feind losgehen als gegen den äußeren! Ich bin der Ansicht, daß die ganze Taktik, die Heine empfohlen hat, auf einer falschen Auffassung vom Wesen der kapitalistischen Gesellschaft basiert. Das gelangt recht deutlich in der Broschüre zum Ausdruck, die er unter dem Titel verfaßt hat „Wählen oder nicht wählen?“ Was er da zur Frage der Landtagswahlen sagt, ist durchaus nebensächlich gegenüber der allgemeinen Taktik des Possibilismus, die er dort empfiehlt nach dem Muster der französischen Possibilisten, deren Devise es war, die sozialistischen Forderungen

in so kleine Dosen zu teilen, daß sie jedem annehmbar sein können. Wie will es da der Reichstagsabgeordnete Heine machen, den Sozialismus in so kleinen Dosen zu verabfolgen, daß seine Annahme zum Beispiel für Herrn von Stumm möglich wäre (Heiterkeit.), oder für Herrn von Kardorff oder noch weiter hinauf für Seine Majestät, den deutschen Kaiser Wilhelm II., dessen Stellung zur Frage der sozialen Bewegung ja bekannt genug ist?

Wir wollen nicht nach Art eines Konzils von alten Kirchenvätern Scheiterhaufen errichten für einzelne Personen, die abweichender Meinung sind; wohl aber wollen wir mit überzeugender Wucht zum Ausdruck bringen, daß die Masse der Delegierten, daß die Gesamtheit des deutschen Proletariats nicht hinter diesen Personen steht, sondern hinter denen, die unentwegt stehen auf dem Boden des proletarischen revolutionären Klassenkampfes. („Sehr richtig!“) Daß die Meinungen verschieden sind, daß abweichende Meinungen auftauchen, das ist nicht etwa der Vorläufer von Spaltung, wie sie unsere Gegner prophezeit haben. Bei all jenen Schäfer-Thomasiaden ist ja nur der Wunsch der Vater des Gedankens. Wir sind eine Partei, lebenskräftig genug, um verschiedene Meinungen ertragen zu können. Nicht daß diese abweichenden Meinungen da sind, ist das Charakteristische und Bedenkliche. Die abweichenden Meinungen erklären sich sehr leicht aus bestimmten geschichtlichen Bedingungen, unter denen sich der Klassenkampf des Proletariats vollzieht. Aber was bedenklich ist, das ist das Streben, das durch das Zentralorgan begünstigt wird, den Unterschied der Meinungen nicht klar und scharf zum Ausdruck zu bringen, sondern versumpfen zu lassen. Dagegen müssen wir Verwahrung einlegen. Die Sozialdemokratie ist nicht eine Sekte, nicht eine Partei des Aberglaubens, die an Formeln hängt. Deshalb ist es notwendig, daß wir Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck bringen

und klären. Solange wir keine Gegenbeweise haben, werden wir nach wie vor auf dem alten bewährten Boden der Sozialdemokratie stehen. Wenn es dem Reichstagsabgeordneten Heine gelingt, vollgültige Beweise für die Richtigkeit seiner Taktik der Kompensation zu erbringen, so gebe ich ihm die Versicherung: So alt ich bin, ich erkläre vielleicht noch eines Tages: Vater Possibilismus, liebe Mutter praktische Politik, ich habe gesündigt im Himmel und vor Dir. (Heiterkeit.) Aber solange die Beweise für die Richtigkeit des Heineschen Standpunktes nicht erbracht sind, hat der Parteitag in Übereinstimmung mit den Genossen zu erklären, daß wir bezüglich des Weges, der uns zum Ziele führt, bezüglich unserer Auffassung von der Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse behufs Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische auf dem Boden des Programms stehen, das uns bis jetzt von Siege zu Siege geführt hat, nicht aber auf dem Boden des Possibilismus, den Genosse Heine uns gewiesen hat.

II

4. Oktober 1898

Ich schicke voraus, daß ich nicht als „unterdrücktes Geschlecht“, sondern als Parteigenossin spreche. Genosse Gradnauer ist vorhin gewissermaßen in der Rolle eines Hofbeschwichtigungsrates aufgetreten und hat sich darüber beschwert, daß der Heißhunger nach Diskussionen seit dem Fall des Sozialistengesetzes nachgelassen hat. Zum Schluß aber hat er sich darüber beklagt, daß es zuviel Diskussionen gibt, und die Presse gefeiert, weil sie nicht auf jede Anregung zur Erörterung wichtiger Fragen eingeht. Ich bin im Gegenteil der Ansicht, daß unsere Presse gerade nach der Richtung der Diskussion grundsätzlicher und taktischer Fragen weit mehr

tun sollte, als sie bisher getan hat. Daß verschiedene Meinungen auftauchen, ist kein Unglück, das wird auch niemand von uns als ein Zeichen der Versumpfung auffassen, sondern als ein Zeichen der Lebenskraft und Fortentwicklung der Partei. Bedenklich ist nur, daß man die Verschiedenheit der Meinungen in Abrede zu stellen sucht, daß man sie nicht in genügender Breite in der Öffentlichkeit diskutiert und daß man behauptet, alle Meinungsverschiedenheiten seien nur Sache des Temperaments, des mehr oder weniger häufigen Gebrauchs bestimmter Worte. Es sind Fragen aufgetaucht, die in unserer Presse eine eingehendere Erörterung verdient hätten, vor allem die von Bernstein angeregte Frage über das Endziel . . . Er hat die bekannte Äußerung betreffs der niedrigen Bewertung unseres Endziels getan: Das Ziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles. Und das am Vorabend des Wahlkampfes. Es zeigt, wie weit Bernstein dem deutschen Parteileben entfremdet ist, wenn er in dem Augenblick, wo wir uns anschicken, in den Wahlkampf zu ziehen, einen solchen Artikel veröffentlicht. Bernsteins Auffassung nach wird allmählich durch die gewerkschaftliche und gesetzliche Kontrolle des kapitalistischen Eigentums dies so weit eingeschränkt, daß eines schönen Morgens dem Kapitalisten selbst die Lust am Besitze vergangen ist, weil sein Eigentum gleichsam nur noch als Rechtsfiktion weiterbesteht. Diese Auffassung kann uns nicht gleichgültig sein, denn wenn wir den Standpunkt Bernsteins teilen, so müßten wir das Schwergewicht in der kapitalistischen Gesellschaft nicht auf die Eroberung der politischen Macht legen, sondern auf die Erreichung einzelner kleiner sozialer Reformen, durch die nach Meinung Bernsteins die sozialistische Gesellschaft vorbereitet wird, so daß wir da ein Stückchen sozialistischen Zukunftsstaates bekommen, dort ein Stückchen, die wir sozusagen nur zusammenzuflicken haben. Mich hat es gewundert,

daß diese grundsätzlich ganz neue Auffassungsweise bis heute noch nicht in aller Gründlichkeit in der „Neuen Zeit“ selbst erörtert worden ist und daß diese abweichende Meinung veröffentlicht wurde, ohne daß wenigstens seitens der Redaktion in einer Fußnote Stellung dazu genommen ward; vielfach entstand die Ansicht, daß Bernstein in seinem Artikel den Standpunkt der Redaktion und der gesamten Partei vertreten habe.

Ich erhebe weiter den Vorwurf gegen das Zentralorgan, daß es angeschnittene Fragen nicht in genügender Weise erörtert. Früher hieß es, Genosse Liebknecht ist daran schuld, nun, in den vier Monaten, wo er in Charlottenburg gesessen hat, konnte doch seine Person nicht das Hindernis für die Haltung des „Vorwärts“ bilden, und was haben wir da gesehen? Die Haltung des „Vorwärts“ war die vollständige Haltlosigkeit, da kam jener Artikel über Kiautschau, wo der „Vorwärts“ unsere grundsätzliche Auffassung zur Frage der Kolonialpolitik mit Stillschweigen überging, dafür sich aber zu dem billigen Möchte-gern-Witz aufschwang, die deutsche Arbeiterklasse brauche doch nicht die Interessen der Mandshu-Dynastie^[16] zu schützen. Wir haben ferner gesehen, daß die Ansichten des Genossen Heine nicht in derjenigen Weise im „Vorwärts“ erörtert wurden, wie sie hätten erörtert werden müssen. Denn was Heine gesagt hat, ist tatsächlich nicht etwa eine neue Taktik, das ist die Politik, die schon 1891 empfohlen wurde unter der Devise: Dem guten Willen die offene Hand! Wo hat denn die Regierung uns die offene Hand entgegen gestreckt? Die eiserne Faust hat sie uns entgegengehalten! Auf die praktische Arbeit weist Heine hin. Haben wir, die man radikal nennt, keine praktische Arbeit vollbracht? Als Heine lange noch nicht Genosse war, hat Schoenlank schon sehr wesentliche praktische Reformarbeit geleistet, nicht nur durch seine Artikel, sondern durch seine sehr verdienstvolle Arbeit

über die Fürther Quecksilber-Spiegelbelegungs-Arbeiter und ihre Lage. Heine meint, daß die praktische Arbeit gelegentlich auch auf dem Wege des Kompromisses geschehen kann. Wir aber wollen unsere Forderungen auf dem Wege des Kampfes gegen den Kapitalistenstaat durchsetzen. Damit ist nicht zu verwechseln, daß wir auch die kleinste Abschlagszahlung annehmen, sobald sie unseren Forderungen entspricht. Wir wissen, daß wir die praktischen Forderungen nur stückweise verwirklichen können, aber wir wissen, daß wir diese stückweisen Konzessionen nicht erringen durch die Einsicht der Regierungen von oben, sondern durch den Kampf von unten gegen oben. Wenn man uns hier sagt, das ist die Taktik der Phrase, so antworte ich, man erklärt hier, die revolutionäre Phrase bekämpfen zu wollen, was man aber tut, ist, daß man den ausgiebigsten Gebrauch macht von der opportunistischen Phrase. Zu diesen Tendenzen sollte die Parteipresse schärfer Stellung nehmen als bisher. Ganz besonders gilt dies vom „Vorwärts“, der sich um die Diskussion einer ganzen Reihe wichtiger Parteifragen in scheuer Verlegenheit herumdrückt. Für uns kann es sich nicht darum handeln zu verschweigen, sondern Klärung zu schaffen und alle auftauchenden Meinungen zur Erörterung zu bringen. Nur so werden wir weiter und weiter vorwärtsschreiten!

„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Stuttgart vom 3. bis 8. Oktober 1898“,
Berlin 1898, S. 95—96 und 112—114.

Wider die sozialdemokratische Theorie und Taktik

April 1899

Die von Freund und Feind mit gleicher Spannung erwartete Schrift Bernsteins^[17] zur Kritik der sozialdemokratischen Theorie und Taktik ist kürzlich erschienen. Was die Freunde befürchtet, was die Feinde erhofft, das bestätigt sie mit wünschenswertester Klarheit: die vollzogene Schwenkung des Verfassers nach rechts hin. Wo Bernstein auf Grund seiner jetzigen Überzeugung steht, darüber können sich nach der Veröffentlichung seiner Schrift nur die täuschen, die aus Liebhaberei oder Beruf die Blinden spielen wollen. Was dagegen die Gründe anbelangt, welche die Preisgabe des alten Standpunkts, die Richtigkeit der veränderten Auffassung stützen sollen, so bleibt die Schrift erheblich hinter den Ansprüchen zurück, die man billigerweise an einen Mann von der Fähigkeit, dem Wissen und der Gewissenhaftigkeit Bernsteins stellen durfte. Sie ist in dieser Hinsicht geradezu dürftig und enthält weder neue beweiskräftige Tatsachen noch neue beweiskräftige Gedankengänge. Was Bernstein gegen die Marx-Engelssche Geschichtsauffassung einwendet, was gegen die darauf beruhende Auffassung von den geschichtlichen Kräften, die mit Naturnotwendigkeit zum Sozialismus führen müssen, was in der Folge gegen die prinzipielle Grundlage des sozialdemokratischen Programms und bezüglich der Taktik der Sozialdemokratischen Partei: das alles ist von bürgerlichen

müßte, zu dem Glauben an die alleinseligmachende Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung und den Verzicht auf jede proletarische Aktion zur Umgestaltung der Gesellschaftsverhältnisse. So läßt er den lächerlichen Popanz des „Blanquismus“ von Marx und Engels^[18] aufmarschieren, der nach ihm bis heute noch in der „revolutionären Phraseologie“ der deutschen Sozialdemokratie nachspuken soll. Mit dem Eifer des Neubekehrten bemüht er sich, bei Marx und Engels eine Entwicklung zur Verschwommenheit und Zerfahrenheit und in der Folge Widersprüche zu sich selbst nachzuweisen. Aber diese Widersprüche werden mittels Haarspaltereien und Unterstellungen aus einzelnen Worten und aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen zusammengeklaut. Sie sind nur ein Widerschein der Widersprüche, in die sich Bernstein bei der vergeblichen Liebesmüh' verstrickt, seine jetzige Überzeugung eines bürgerlichen Sozialreformlers mit seiner alten sozialistischen Auffassung zusammenzuflicken. Wir verweisen unsere Leserinnen und Leser auf die ausführlichen Auseinandersetzungen über die aufgerollten Fragen in der „Neuen Zeit“, der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, der „Leipziger Volkszeitung“ usw. Wir begnügen uns, in einem folgenden Artikel¹ die Hauptpunkte zu erörtern, in denen sich Bernstein gegen die theoretischen Grundlagen des Sozialismus und gegen die sozialdemokratische Taktik wendet. Diese Punkte sind der entschiedene Nachweis für das vollzogene Abschwenken in das bürgerliche Lager.

Bernstein setzt an die Stelle der Wissenschaft die Utopie, er läßt die Gründe für die Verwirklichung des Sozialismus als einer wirtschaftlichen Notwendigkeit fallen und sucht das Proletariat mit dem frommen Glauben zu trösten, daß der

¹ Der Artikel erschien in der „Gleichheit“ vom 11. Oktober 1899 und setzte sich mit Bernstein an Hand der von Lenin kritisierten Arbeit Kautskys „Bernstein und das sozialdemokratische Programm“ auseinander. *Die Red.*

Sozialismus eine sittliche, eine kulturelle Notwendigkeit sei. Er weist den Gedanken an den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung als eine der unerläßlichen Voraussetzungen für die sozialistische Gesellschaft zurück und hofft auf eine allmähliche stückweise Einschmuggelung des Sozialismus in die kapitalistische Gesellschaft durch soziale Reformen, Gewerkschaften, Konsumvereine, Produktivgenossenschaften. Genau betrachtet, erweist sich die von ihm ins Auge gefaßte allmähliche Sozialisierung nicht als ein Mittel zur Zertrümmerung des Kapitalismus, sondern als Mittel zu seiner Befestigung durch die Verbürgerlichung des Proletariats. Mit ethisch-demokratischem Gruseln schiebt Bernstein den proletarischen Klassenkampf beiseite und trägt dessen geschichtliche Mission auf das „Rechtsbewußtsein“ über, auf den steigenden Einfluß der „Ethik“ und des „Allgemeininteresses“ innerhalb der ausbeutenden und herrschenden Klassen. Statt des Kampfes wider die Bourgeoisie predigt er die Aussöhnung mit ihr im Zeichen des „Liberalismus“, das heißt, er vertröstet das Proletariat mit dem Schaugericht einer abstrakten Formel, statt ihm die Notwendigkeit des festen Zugreifens nach dem sicheren Brot seiner wirtschaftlichen Befreiung einzuschärfen. Nachdem er den Klassenkampf verpönt hat, verflüchtigen sich unter seiner fingerfertigen Beweisführung die Klassen selbst. Das Proletariat wird in Personen und Gruppen aufgelöst, die von Interessengegensätzen beherrscht sind und kaum je unter den Hut eines gemeinsamen Klasseninteresses gebracht werden können. Auch die Bourgeoisie erscheint lediglich als buntes Zusammengewürfel von verschiedenen Interessengruppen, die zusammengehalten werden durch den Druck von oben oder die Furcht vor dem unten drohenden revolutionären Gespenst, die Furcht vor der „Freßlegende“^[10] vom kämpfenden Proletariat.

Bernstein fordert eine dieser Auffassung entsprechende Umänderung der sozialdemokratischen Taktik. Für ihn freilich beschränkt sich diese Umänderung bloß auf eine andere, richtigere Etikettierung der Partei und auf die Entwöhnung von der lasterhaften „revolutionären Phraseologie“, dem leidigen Erbstück des „Blanquismus“ von Marx und Engels. Die Mauserung, die er selbst durchgemacht hat, dichtet er nämlich auch der Sozialdemokratie an. Nach seiner Ansicht hat sich dieselbe bereits tatsächlich zu einer „demokratisch-sozialistischen Reformpartei“ entwickelt, und es handelt sich für sie nur darum, das bißchen moralischen Wagemut aufzubringen, um unbeirrt durch das Geschrei der Fanatiker des „Gewaltkollers“ „zu scheinen, was sie ist“. Die Entdeckung, daß die Sozialdemokratie eine nichts als reformlerische Partei ist, mußte Bernstein leichtfallen. Er begreift nämlich das Wort Revolution in dem allervulgärsten Polizeisinne und findet deshalb in dem Wirken der Sozialdemokratie nicht die geringste revolutionäre Spur. Daß er trotzdem den warnenden Schulmeisterfinger erhebt und ganz ernsthaft den Gebrauch des für zartnervige Ohren schreckhaften Wortes revolutionär widerrät, bekundet einen geradezu abergläubischen Respekt vor dessen bindender und lösender Kraft. Die Partei verbanne das Wort revolutionär aus ihrer Sprache, meint Bernstein, und es erstehen den proletarischen Interessen kräftige Verteidiger und Förderer in Gestalt der brünstig nach Betätigung schreienden „Ethik“ der besitzenden Klassen, in Gestalt des diese durchglühenden „Allgemeininteresses“. An Stelle des proletarischen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie zur Eroberung der politischen Macht tritt nun die Reformarbeit auf dem Gebiet der Gesetzgebung, des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens, der Gemeindeverwaltung usw. im Bunde mit dem anständig und gerecht denkenden Teil der Bourgeoisie zum Zwecke der Demokratisierung der Gesellschaft. Auf den

friedlichen Wellen dieser Demokratisierung gleitet die geschichtliche Entwicklung zum Sozialismus hinüber. Selbstverständlich zu einem Sozialismus, der auch den herrschenden Klassen mit harmloser Freundlichkeit entgegenlächelt. Denn offenbar hat Bernstein mit der „Freßlegende“ auch die charakteristischen Merkmale des Sozialismus zum alten Eisen geworfen: die Überführung der Produktionsmittel aus dem Privateigentum in den Gesellschaftsbesitz, die Beseitigung der Warenproduktion und der freien Konkurrenz. Er erklärt den Sozialismus als „Bewegung zur oder der Zustand der genossenschaftlichen Gesellschaftsordnung“. Wie andere Begriffe, so verliert auch der des Sozialismus bei ihm seine scharf umrissene geschichtliche Bedeutung und wird zu einem verschwommenen, nebelhaften, vieldeutigen, alles- und nichtssagenden Etwas; zu dem sich heutigentags jeder leidlich anständige und gutmütige Mensch bekennen kann, ohne deshalb befürchten zu müssen, salonunfähig oder gar „gerichtsnotorisch“ zu werden.

Die von Bernstein angepriesene Theorie und Taktik ist die Theorie und Taktik all der bürgerlichen Elemente, die ihr Zelt an der Grenze des geschichtlichen Kampfplatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie aufgeschlagen haben. Wollte die Sozialdemokratie sich diese Theorie und Taktik zu eigen machen, sie müßte aufhören, sie selbst zu sein, sie müßte mit Nationalsozialen, Reformlern jeder Schattierung, doktrinären Liberalen und bürgerlichen Demokraten den Bruderschmatz tauschen und sich mit ihnen zu einem großen Reformlerkuddelmuddel vermengen. Es mag dies das Ideal der sozialen und politischen Parteichen und Gruppen sein, die so gern den feurigen Renner der Sozialdemokratie mit etwas Reformhaber kapitalfromm machen möchten, um ihn vor ihren eigenen, nicht vom Flecke kommenden Karren zu spannen. Es mag dies als holder Traum die guten Leute und schlechten

Musikanten umgaukeln, die sich zum Nachweis ihres verfeinerten Empfindens und Denkens wider die materialistische Geschichtsauffassung und den Klassenkampf sträuben und an der Lösung der sozialen Frage durch geistreichelnde „ethisch-psychologisch-literarische“ Debatten „arbeiten“. Es wäre der Selbstmord der Sozialdemokratie als einer politischen Partei, als der Partei des klassenbewußten, revolutionären Proletariats. Durch die ihr angesonnene Frontänderung würde sie zwar ihre Gegner nicht versöhnen und entwaffnen, wohl aber das Vertrauen und die Gefolgschaft der proletarischen Massen verlieren. Wenn Bernsteins Schrift ein großes Verdienst unbestritten beanspruchen darf, so ist es das: klar zu zeigen, wohin die in der Partei vorhandenen possibilistischen Strömungen führen müssen, und dadurch eine kräftige Aktion hervorzurufen nicht etwa für die Verwischung des grundsätzlichen Charakters der Sozialdemokratie und für die Taktik der Nurpraktischen-Reformarbeit, sondern gegen die Verbannung ihrer Grundsätze in den Silberschrein und gegen die Taktik der Kompromisselei mit der bürgerlichen Gesellschaft.

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 12. April 1899.

Die Zuchthausvorlage

Juni 1899

Nicht nur Bücher haben ihre Geschichte, auch Gesetzesvorlagen. Das bestätigt besonders die dem Reichstag zugegangene Zuchthausvorlage, die sich in heuchlerischer Schönerederei „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ betitelt, die aber in Wirklichkeit den bösartigsten Arbeitertrutz bringt und lediglich den Schutz des kapitalistischen Profits und der kapitalistischen Herrengewalt erstrebt. Die Geschichte des ungeheuerlichen, reaktionären Wechselbalgs, den die juristische Kniffelei und politische Rückwärtserei eines reinblütigen Klassenstaates gezeugt haben, ist ein interessantes und äußerst lehrreiches Kapitel aus der Geschichte der preußisch-deutschen Reichsherrlichkeit, die in jedem Zuge das Gepräge der schonungslosesten, kurz-sichtigsten Herrschaft des Kapitalmagnatentums trägt, verbösert durch selbstherrliche Regiererei.

„Und Stumm sprach“, damit setzen die Anfänge der jüngsten Zuchthausvorlage ein. In der Tat: Seit der ungekrönte König von Saarabien im Preußischen Herrenhause erklärte, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung über das Koalitionsrecht „revisionsbedürftig“ seien, hat der Gedanke dieser „Revisionsbedürftigkeit“ innerhalb der gesetzgebenden Gewalten immer weitere Kreise gezogen, immer festere Gestalt gewonnen. Es wurden die Sinne geschärft für die Entdeckung

Bestimmungen. Das beantragte Gesetz aber sieht die Aufhebung des Paragraphen nicht vor, um zum Wohle des arbeitenden Volkes zu verbessern, vielmehr lediglich, um der kapitalistischen Raffgier zuliebe zu verbösern. Nicht ein gesichertes, unbeschränktes Koalitionsrecht tritt für das deutsche Proletariat an seine Stelle, wohl aber ein Ausnahmegesetz, wie es unberechtigter, brutaler, niederträchtiger und deutungsfähiger nicht ausgeklügelt werden kann.

Die proletarische Tagespresse hat eingehend die Gefahren aufgezeigt, welche in jeder einzelnen Bestimmung des Entwurfs auf die Proletarier lauern, die, nach höherer Kultur verlangend, gemeinschaftlich dem Kapital bessere Arbeitsbedingungen abringen wollen. Alle einzelnen Bestimmungen klingen in der Tendenz zusammen, die Ausübung des Koalitionsrechts in unverfrorenster Einseitigkeit für das Proletariat zu verunmöglichen. Und diese offensichtlich arbeiterfeindliche Tendenz des beantragten Gesetzes wird künftighin ein würdiges Seitenstück schaffen zu der berüchtigten vormärzlichen Preßfreiheit mit dem Galgen daneben: die Koalitionsfreiheit mit dem Zuchthaus daneben.

Die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs stellen jede Handlung unter Strafe, die zur wirksamen Ausübung des Koalitionsrechts erforderlich ist. Was immer von Arbeitern und Arbeiterinnen getan wird, um einen Streik, eine Lohnbewegung zu beraten, vorzubereiten, zu organisieren und durchzuführen, es ist strafbar. Strafbar ist jedoch nicht bloß die vollendete einschlägige Tat, strafbar ist schon das bloße „Unternehmen“ einer solchen Tat. Und nicht nur alles Tun und Unternehmen auf rein gewerkschaftlichem Gebiete verwandelt sich unter den vieldeutigen Bestimmungen des Entwurfs in ein gesetzwidriges, abänderungsbedürftiges Unterfangen. Vielmehr jedes Tun und Unternehmen der Proletarier überhaupt, um durch eine gemeinschaftliche, plan-

mäßige Aktion auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzuwirken. Zu Straftaten werden mithin die so segensreichen, unerläßlichen Bestrebungen der organisierten Arbeiter, zur Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes mitzuwirken, die Erweiterung des gesetzlichen Schutzes, den Ausbau der Gewerbeinspektion zu fördern usw. Das ganze Gebiet der Sozialpolitik wird durch die raffiniert ausgeheckten Bestimmungen praktisch der Wirksamkeit des Proletariats verschlossen. Und das, obgleich gerade auf diesem Gebiete die positive Mitarbeit der Arbeiter eine der wesentlichsten Vorbedingungen für das Erfassen und Lösen der vorliegenden Aufgaben ist.

Daß der Geltungsbereich des Zuchthausgesetzes von dem sozialpolitischen Gebiete auf das politische hinübergleitet und auch hier die Betätigung des Proletariats lahmlegen kann, versteht sich bei seiner Tendenz und der salomonischen Weisheit unserer kapitalistenstaatlichen Juristen am Rande. Früher wurde zum Zwecke der Meuchelung der Gewerkschaftsbewegung in manchen Bundesstaaten jede gewerkschaftliche Aktion ohne viel Witz und mit viel Behagen zu einer strafbaren politischen Moritat umgedeutelt. Tritt das Zuchthausgesetz in Kraft, so wird voraussichtlich künftighin der Spieß umgekehrt. Je nach Belieben und Bedürfnis der Kapitalistenklasse und des Kapitalistenstaats wird der Charakter politischer Vereine, Versammlungen, Aktionen in einen wirtschaftlichen umdefiniert. Und zwar nicht bloß in dem und jenem deutschen Vaterlande, sondern „das ganze Deutschland soll es sein“, das die Annehmlichkeiten der neuen Rechtsprechung erfährt. Was in der angedeuteten Beziehung der Wortlaut des beantragten Gesetzes nicht besagt, das kann in diese Worte dank der schwammigen, dreh- und deutbaren Fassung hineingelegt werden. Diese Fassung ermöglicht es, daß von den bekannten, die Rechtsprechung angeblich

beherrschenden „Buchstaben des Gesetzes“ jederzeit ein X für ein U treten kann; sie fordert die kühnsten juristisch-logischen Seiltänzereien geradezu heraus. Daß es aber unsere Juristen auf dem Gebiete dieser löblichen Kunst zu den waghalsigsten Leistungen bringen werden, daß es von kleinen Gneistchen¹ wimmeln wird, die „alles beweisen können“, dafür bürgt der Pflichteifer und die Strebsamkeit der Herren, die wohl wissen, was unter der heutigen Ordnung ihres Amtes ist.

So wird praktisch das Zuchthausgesetz nicht bloß als schmachvolles Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaftsbewegung wirken, sondern als schmachvolles Ausnahmegesetz gegen die moderne Arbeiterbewegung überhaupt. Das offizielle Organ der sächsischen Regierung, die „Leipziger Zeitung“, die über die Absichten und Ziele an „leitender Stelle“ doch wohl unterrichtet sein muß, begrüßt denn auch mit zynischem Frohlocken den Entwurf als einen Ersatz für das Sozialistengesetz. Hätte die Reaktion den Mut ihrer Infamie, sie müßte, der Tendenz des Entwurfs entsprechend, das beantragte Gesetz in folgende zwei Paragraphen fassen :

§ 1 Die deutschen Arbeiter besitzen unbeschränktes Koalitionsrecht, sie besitzen das Recht zu freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung.

§ 2 Jeder Arbeiter, welcher das Koalitionsrecht benutzt und sich gewerkschaftlich oder politisch in Gemeinschaft mit anderen Arbeitern betätigt, wird bestraft.

Einseitig als Ausnahmegesetz gegen das Proletariat soll das Zuchthausgesetz wirken, darüber vermag alles Gerede von der „paritätischen Behandlung“ der Arbeiter und Unternehmer nicht hinwegzutäuschen. Die eingeschworenen Organe des protzigsten Kapitalistenklüngels stellen denn auch jubelnd

¹ Rudolf von Gneist (1816 bis 1895) – Jurist, Mitglied des Oberverwaltungsgerichts, des Reichstags, des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Staatsrats.
Die Red.

fest, daß das Herrenrecht der Unternehmer auf Terrorismus wider „arbeitswillige“ Arbeiter und Betriebsinhaber nicht angetastet wird. Nach wie vor können die Kapitalgewaltigen arbeitswillige Proletarier der Rachgier ihrer „Erwerbsgenossen“ ausliefern, sie mittels Schwarzer Listen denunzieren und brotlos von Betrieb zu Betrieb hetzen. Nach wie vor können sie durch Konventionalstrafen, trockene Wechsel usw. Unternehmer zur Aussperrung ihrer Arbeiter, zur Einhaltung bestimmter Arbeitsbedingungen zwingen. Nach wie vor können sie sich bankettierend bei Sekt und Austern zur Niederhaltung ihrer Lohnsklaven „zusammenrotten“. Es gehört die ganze gewerbs- und gewohnheitsmäßige freiwillige Blindheit einer regierungslüsternden Umfallpartei dazu, um mit dem Zentrum zu entdecken, daß der Entwurf Proletarier und Kapitalisten mit dem gleichen Maße mißt. Ganz zu schweigen von der jedem sozialpolitischen Kinde nachgerade bekannten Tatsache, daß auch bei Gleichstellung durch den Buchstaben des Gesetzes in Wirklichkeit Arbeiter und Unternehmer nicht gleichgestellt sind. Der wirtschaftlich abhängige Lohnsklave steht von vornherein seinem „Brotgeber“ nicht als gleicher gegenüber, sondern als Schwacher.

Die kümmerlichen Feigenblättchen, durch welche die Bestimmungen des Entwurfs dessen „parties honteuses“, die einseitige, ausnahmegesetzliche Tendenz, zu verbergen suchen, sind übrigens in der Begründung und der Denkschrift gefallen. Hier offenbart sich der ausnahmegesetzliche Charakter der Zuchthausvorlage unverhüllt, in nackter Häßlichkeit. Weder die Begründung noch die Denkschrift weist auch nur die leisesten Spuren des Bestrebens auf, in „paritätischer Behandlung“ auch Material über den Terrorismus der Unternehmer beizubringen. Und doch türmt sich einschlägiges, unanfechtbares Material bergehoch auf und könnte von den Behörden mit einem geringeren Aufwand von Liebesmüh

entdeckt werden als die brüchigen Tatsachen über das „Schrekensregiment“ der „Streikreisenden“ und „Streikbrüder“. Dagegen hat behördlicher Fleiß im Schatten des Geheimnisses einseitig, tendenziös Scheinbeweise für den Terrorismus der Streikenden zusammengeklaut. Und welche Beweise und wie zusammengeklaut! Die begründende Denkschrift ist ein total unkritisches, aber dafür um so tendenziöseres Sammelsurium von unvollständig und schief dargestellten Einzelfällen von „Streikvergehen“, vor allem aber von kapitalistischen und behördlichen Klagen, Kannegießereien und Wünschen, das Koalitionsrecht des Proletariats betreffend. Dem armseligen Händchen voll Zahlen in den Gesetzesmotiven fehlt jede Beweiskraft. Die Begründung jongliert leichtfertig mit absoluten Zahlen, und solche beweisen gar nichts bezüglich der Tatsachen, dafür aber sehr viel betreffs der unfähigen und gewissenlosen Art der Bearbeitung. Aus dem Umstand, daß 1892 nur 74 Personen wegen Streikvergehen verurteilt wurden, 1896 aber 252 Personen und im folgenden Jahre 254, kann kein leidlich vernünftiger und unterrichteter Mensch ein bedenkliches Anschwellen des „Streikterrorismus“ herauslesen. Ein statistischer Abc-Schütze weiß, daß zur Beweiskraft der Zahlen nötig wäre der Vergleich mit der Zahl der Streikenden in den betreffenden Jahren, die Würdigung der Tatsache, daß die Fähigkeit der Gerichte, Streikvergehen zu fassen, gewaltig gewachsen ist.

Wie vorteilhaft heben sich von dem offiziellen Talmimaterial doch die Zahlen und Tatsachen ab, die Legien, „der Streikreisende“, „Hetzer“ und Zuchthauskandidat in seiner trefflichen Broschüre „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis“ zusammengestellt hat. Von ihm und anderen in strenger Sachlichkeit gesammelte Tatsachen erweisen klärlich, wie überflüssig das Zuchthausgesetz ist. Von 1892 bis Oktober 1898 kamen auf je 1000 Streikende

durchschnittlich 3,3 Verurteilungen wegen Streikvergehen. Dagegen entfielen nach der deutschen Kriminalstatistik von 1882 bis 1891 auf je 1000 strafwürdige Personen 10,8 Bestrafte. Professor Tönnies wies in seiner lichtvollen Abhandlung über den Hamburger Hafendarbeiterstreik nach, daß nur 1 Prozent der 16000 Ausständigen wegen Streikvergehens verurteilt wurde. 1893 zählte man auf je 1000 Studenten 8,3, die wegen Vergehen und Verbrechen wider Reichsgesetze bestraft wurden. Ebenso lehrreich reden die folgenden Zahlen von der Neigung des Proletariats zu Gesetzeswidrigkeiten und dem gesetzliebenden Sinn des Unternehmertums. In den drei Jahren 1894 bis 1896 wurden in den inspektionspflichtigen Betrieben festgestellt: 61562 Gesetzesübertretungen wider die Bestimmungen zum Schutze der jugendlichen Arbeiter, 29384 Verfehlungen gegen die Schutzvorschriften zugunsten der Arbeiterinnen. Dabei ist zu beachten, daß nur 34,2 Prozent aller der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe revidiert wurden, daß also in rund zwei Drittel derselben die Unternehmer unentdeckt das Gesetz mit Füßen treten konnten. Wegen der festgestellten mehr als 90000 Vergehen wider das Gesetz wurden – ganze 3659 Unternehmer bestraft. Wie lächerlich winzig und beweislos erscheinen gegenüber diesen Zahlen die 254 bestraften Streiker, mit denen die Begründung des Entwurfs krebseht.

Trotz der ungeheuerlichen Tendenz des Zuchthausgesetzes, trotz der Hinfälligkeit seiner Begründung ist von der bürgerlichen Majorität des Reichstags kaum die schleunige einfache Ablehnung des reaktionären Machwerks zu erwarten. Allem Anschein nach werden außer der Sozialdemokratie nur die kleinen Gruppen der linksliberalen bürgerlichen Demokratie den Entwurf grundsätzlich, ohne Kommissionsberatung verwerfen. Die ausschlaggebende Partei, das Zentrum, hat ihren Umfall schon planmäßig vorbereitet. Der eigentliche Zuchthausparagraph ist offenbar das Handelsobjekt, um dessen

Preisgabe die Regierung die Bewilligung der wesentlichen anderen Bestimmungen einschachert. Der Verrat der proletarischen Interessen wird sich hinter den heuchlerischen Deckmantel flüchten: „paritätische Behandlung“ von Proletariern und Kapitalisten; Beschneidung der „Auswüchse“ des Koalitionsrechts; Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit und Beseitigung des Koalitionszwanges usw. Wenn je, so gilt gegenwärtig von der Haltung der Zentrümmer und anderer bürgerlicher Oppositioneller, daß „die Tugend mit Schrecken regiert werden muß“. Nicht die Kraft von Grundsätzen wird die politische Tugend der halben Verteidiger und heimlichen Feinde des proletarischen Koalitionsrechts stärken, vielmehr in erster Linie die Furcht vor dem Abfall der proletarischen Wählermassen. Das Proletariat selbst, das protestierend, fordernd auf die Schanzen steigt, ist deshalb der zuverlässigste und machtvollste Schützer seines bedrohten Rechtes. Daher auf, Proletarier und Proletarierinnen, zum gewaltigen Massenprotest, der euren Willen den Herrschenden in den Ohren gellen läßt.

Die Zuchthausvorlage besiegelt die Kapitulation des „sozialen Königtums“ vor der Kapitalistenklasse. Sie ist das Eingeständnis der herrschenden Gewalten, daß der kapitalistischen Gesellschaft im Kampfe wider das Proletariat ihr eigenes Recht verhaßt und zur Fessel wird. Die schwarzen Umstürzler zertümmern deshalb dieses Recht und nehmen ihre Zuflucht zu einer Ausnahmegesetzgebung wider die Arbeiterklasse. Das Zuchthausgesetz ist ein Beweis für die Lehre vom Klassenkampf, wie er eindringlicher und überzeugender kaum gedacht werden kann. Es ist eine unzweideutige Bestätigung der Auffassung, daß das Proletariat nicht durch Wohlverhalten und Leisetreterei der kapitalistischen Gesellschaft Reformen und Bewegungsfreiheit abzuschmeicheln vermag. Die neue alte Theorie von der erlösenden Kraft des „wachsenden Allgemeininteresses“ und

der Macht der „ethischen Faktoren“ bricht wie ein Kartenhaus zusammen angesichts der Tatsachen, daß aus dem Lager der Besitzenden und Gebildeten kaum mehr als ein „Fähnlein der sieben Aufrechten“ zur energischen Verteidigung der Koalitionsfreiheit des Proletariats aufmarschiert, daß sogar die „Frankfurter Zeitung“ die Lauheit und Flauheit der Protestbewegung der linksliberalen Demokratie bejammert. Eindringlich predigt der schmachvolle Vorstoß der Reaktion, daß der Kampf um die Regierungsgewalt, daß der Kampf für die Eroberung der politischen Macht eine unerläßliche Vorbedingung positiver Reformarbeit der Arbeiterklasse ist. Die Bedeutung dieser Lehre ist gerade gegenwärtig nicht zu unterschätzen, und mit Rücksicht auf sie können die klassenbewußten Proletarier Deutschlands wieder einmal sagen: „Es leben unsere Freunde, die Feinde!“ Den Befürwortern des Zuchthausgesetzes aber erklären sie in machtvoller Protestbewegung, in trotzig-kühnem Kampfe: „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!“

„Die Gleichheit“,

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 21. Juni 1899.

Zur Dienstbotenbewegung

Aus einem Artikel

August 1899

Entsetzliches Unheil droht der über das Schellendaus gepriesenen „guten deutschen Hausfrau“ nach dem Herzen des beschränkten, engherzigen Philistertums; der eleganten Salondame, deren „mustergültiger, entzückender Haushalt“ in den weitaus meisten Fällen lediglich oder wenigstens zum größten Teile das Verdienst des „gewandten Stubenmädchens“, der „perfekten Köchin“ und anderer Mietpersonen ist. In Berlin ist in den letzten Wochen – schrecklich zu sagen – eine Bewegung der Dienstmädchen in Fluß gekommen.

Wir begrüßen es auf das freudigste, daß eine der am meisten ausgebeuteten, getretenen und geknechteten Schichten des weiblichen Proletariats zum Bewußtsein ihrer traurigen Lage zu erwachen beginnt, sich wider das ihr auferlegte Elend empört und den Kampf für eine ernste Besserstellung solidarisch aufnimmt. Wenn je das Ringen Ausgenutzter und Entrechteter für ein menschenwürdiges Dasein, wider eine Rechtsstellung, die ein grausamer Hohn auf den Begriff Recht ist, die vollste Berechtigung in sich getragen hat, so ist es sicherlich die eingeleitete Bewegung der Dienstboten.

Wie aller Proletarier Erbteil ist ihr Los das Ausgebeutetwerden, aber selbst unter den Ausgebeuteten sind sie ihrer persönlichen Unfreiheit, ihrer Rechtsstellung nach Parias. Die häuslichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind der Rechte

beraubt, welche das Gesetz der gewerblichen Arbeiterschaft zuerkennt; wehrloser als diese, so gut wie vollständig waffenlos, stehen sie ihren Anwendern gegenüber. Schon in den Worten Dienstboten und Herrschaften gelangt es zum Ausdruck, daß das Verhältnis zwischen den häuslichen Arbeitskräften und ihren Anwendern auf der Unterwerfung der ersteren und der Herrengewalt der letzteren beruht.

Dank der schmachvollen Ausnahmegesetzgebung der Gesindeordnungen reichen sich betreffs der rechtlichen Stellung und der Lage der Dienstboten die feudale Vergangenheit und die kapitalistische Gegenwart die Hände... Die Folge dieses Standes der Dinge ist, daß die Dienstboten ungemessen lange und bei unbestimmten Verrichtungen ausgebeutet werden; daß sie der kärglichen persönlichen Freiheit ermangeln, deren sich die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen erfreuen; daß sie ohne den dürftigen gesetzlichen Schutz ihrer Arbeitskraft sind, der diesen zuteil wird; daß ihnen die Rechte fehlen, mittels deren ihre in der Industrie ausgepowerten Schwestern und Brüder für bessere Daseinsbedingungen zu kämpfen vermögen.

Im schreienden Gegensatz zu den winzigen „Rechten“, welche das Gesetz den Dienstboten einräumt – richtiger zu dem großen Unrecht, das es ihnen zufügt –, steht das Maß der geforderten Leistungen, steht vor allem die schwere Verantwortlichkeit der übertragenen Pflichten. Zumal in den Familien der oberen Zehntausend, wo die Dame nur repräsentiert und ihre Pflichten als Hausfrau und Mutter auf Mietpersonen abwälzt, hängt der Gang des Hauswesens, hängt die Pflege und Versorgung der Kinder ganz wesentlich, oft in erster Linie von den Dienstboten ab, die eine rückständige Klassengesetzgebung zu unfreien, zu Gesellschaftsgliedern letzter Ordnung entwürdigt! Ihr Ausnahmerecht haben die Dienstboten dem Staat zu danken, der sich auch damit

unzweideutig als rücksichtsloser, brutaler Geschäftsführer der besitzenden Klasse erwiesen hat, als Feind der besitzlosen...

Wie denn gestalten sich unter der Herrschaft der Gesindeordnungen die Arbeits- und Daseinsbedingungen der Dienenden? Die Mädchen können von den Herrschaften „angehalten werden“, vom grauen Morgen an bis tief in die Nacht hinein sich abzurackern, und das sehr oft ohne planmäßige, zeit- und mühesparende Arbeitseinteilung, vielmehr wie es der Unerfahrenheit und Laune der „Gnädigen“ beliebt. In Tausenden von Haushaltungen gibt es für sie keine bestimmten Ruhepausen, sehr oft dürfen sie nicht einmal auf genügende Nachtruhe rechnen. Die Herrschaft glaubt ein übriges zu tun, wenn sie ihrem Mädchen jeden zweiten Sonntag die paar Nachmittags- und Abendstunden freigibt. Diesem bleiben für das Flicken und Ordnen von Wäsche und Kleidern nicht selten nur die Nachtstunden. Keine Arbeit ist zu schwer, zu ungesund, zu ekelhaft, sie wird unter Umständen dem Dienstmädchen zugemutet. Die Arme muß sich mit den Brutalitäten wie den Zudringlichkeiten des Herrn abfinden, sie muß die Launenhaftigkeit der Dame ertragen und die Ungezogenheit der Kinder als „Späße“ dulden. Für ihre Ernährung werden vielfach die Reste als gut genug erachtet, die vom Tische der Herrschaft in die Küche zurückwandern; es fehlt nicht an „gutbürgerlichen Häusern“, in denen sich das Dienstmädchen, das oft halbwüchsig ist und kräftiger Kost bedürfte, nicht einmal ordentlich satt essen kann. Des Tages über der Aufenthalt in der dunstigen Küche, im Waschhause, des Nachts aber als Unterschlupf der mit stickiger Luft erfüllte, niedrige Hängeboden oder ein Dachkämmerchen, wo es im Winter eisig kalt, im Sommer glühend heiß ist.

Zu all diesen „Annehmlichkeiten“ gesellen sich die besonderen „Segnungen“ der patriarchalischen Rechte, welche

die Gesindeordnungen den Herrschaften zuerkennen. In einem großen Teile Deutschlands besteht das Recht der Herrschaft zu einer „mäßigen Züchtigung“ der Dienstboten noch immer. Diese können von der Polizei zum Antritt und zur Wiederaufnahme des Dienstes gezwungen werden. Der Herrschaft steht aus geradezu unzähligen Gründen das Kündigungsrecht zu, nicht so dem Gesinde usw. Die ganz besonderen persönlichen Beziehungen, die sich nach den Lobsängern der „patriarchalischen Zucht“ im Bannkreis der Familie zwischen Dienenden und Herrschaften herausbilden, beschränken sich in der Regel darauf, daß letztere bestimmend in die persönlichen Verhältnisse der Dienstmädchen eingreifen. Ein wahres Martyrologium der Dienstmädchen ließe sich nach Gerichtsverhandlungen zusammenstellen, welche die einschlägigen Verhältnisse nicht bloß durch die entrollten Bilder von Behandlung und Mißhandlung beleuchten, sondern vor allem durch den Umstand, daß ein großer Teil der scheußlichsten Brutalitäten, der gröblichsten Verletzung der persönlichen Freiheit und Menschenwürde armer Mädchen straflos ausgeht, „von Rechts wegen“, auf Grund der Gesindeordnungen! Von dem Dienstbotenelend redet auch die allgemein bekannte Tatsache Bände, daß verführte und vergewaltigte Dienstmädchen einen großen Prozentsatz der unverehelichten Mütter und der Prostituierten stellen. Wie die „Gnädige“ ihre häuslichen und mütterlichen Aufgaben auf das Mädchen abbürdet, so erlegt ihm der „Gnädige“ nicht selten die „ehelichen Pflichten“ auf, und auch die Söhne und Hausfreunde der „honetten Bürgerfamilie“ geruhen zu den Töchtern des Volkes hinabzusteigen, wenn diese jung und hübsch sind und ihr Begehren reizen . . .

Am traurigsten ist meist das Geschick des „Mädchens für alles“ in der mittelbürgerlichen Familie, wo mehr Titel als Mittel vorhanden sind und wo alles dem Götzen der „standes-

gemäßen Existenz“ geopfert wird. Der relative Notstand des Hauses läßt hier für das Mädchen die höchste Ausnutzung der Arbeitskraft mit der größten Knauserie betreffs ihres Lohnes und ihres Unterhalts Hand in Hand gehen. Was die Toiletten von Frau und Töchtern kosten, was die Bälle und Gesellschaften verschlingen, auf denen die Möchte-gerne-Schwiegermutter der Ehekandidatenjagd nachgeht, das soll durch die übermäßige Fron und das Darben der bedauernswerten Haussklavin eingebracht werden. Das „Mädchen für alles“ ist in der Regel so abgehetzt, so gedrückt, daß es gar nicht an einen Kampf für bessere Verhältnisse zu denken wagt. Sein Ehrgeiz, sein Hoffen erschöpft sich mit dem erstrebten Aufstieg zur Stellung einer Köchin oder eines Stubenmädchens in einem reichen Hause. Es ist bezeichnend, aber erklärlich, daß die Bewegung der Dienstboten bis jetzt in der Hauptsache nur die bessergestellten Köchinnen, Stubenmädchen usw. ergriffen zu haben scheint, daß ihr die fernstehen, die am dringendsten besserer Verhältnisse bedürfen: die „Mädchen für alles“.

Das Ausnahmerecht, unter dem das sogenannte Gesinde steht, hindert einen kraftvollen Kampf der Dienstmädchen für die so dringende Reform ihrer Verhältnisse. In einem großen Teile Deutschlands, insbesondere in Preußen, ist es den Dienstboten bei strengen Strafen – bis zu einem Jahre Gefängnis – verboten, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen und ihre Lebenshaltung durch den Zusammenschluß mit Leidensgenossen zu verbessern. Die Dienstboten besitzen dort nicht das Koalitionsrecht, das „Zuchthausgesetz“ steht für sie in Kraft. Die Organisationsfreiheit wird dadurch für sie gerade in ihrer wesentlichen Bedeutung illusorisch gemacht. Die Dienstbotenbewegung muß deshalb neben der Beseitigung der Gesindeordnungen die Gewährung des unbeschränkten Koalitionsrechts an erster Stelle erstreben.

Erst durch dieses Recht wird die Organisation zur wirksamen Waffe im Kampfe.

Aber je wehrloser die Dienstboten in den Kampf eintreten, um so unerläßlicher ist es, daß ihren Bestrebungen nicht bloß die Sympathie, sondern auch die energische Unterstützung des klassenbewußten Proletariats zuteil wird. Die Dienstbotenbewegung ist ein Teil der revolutionären Kampf-
bewegung des Proletariats für die Befreiung der Arbeit. Diese Tatsache kann nicht verdunkelt werden dadurch, daß die Führer der Bewegung in kindlich-naiven Harmonie-träumereien schwelgen, daß sie den sozialdemokratischen Tendenzen den Krieg erklären, daß die Dienstboten selbst noch unklar und verworren über ihre Lage und die zu erstrebenden Ziele denken.

Trotz aller Unklarheit und Verworrenheit regt sich in den Ausführungen der Dienstmädchen das proletarische Klassengefühl, weht in ihnen ein Hauch des nämlichen Freiheitssehnsens der Enterbten und Geknechteten, das die industriellen Lohnsklaven, das immer breitere Kreise der Landproletarier in den Kampf treibt. Soll die eingeleitete Bewegung Ernstes zur Besserung des traurigen Dienstbotenloses leisten, so muß sie Kampf-
bewegung wider die wirtschaftliche Macht und soziale Bevorrechtung der Besitzenden sein, so muß sie für all die Forderungen eintreten, welche die Sozialdemokratie seit langem im Interesse der Haussklaven erhebt. Die Logik der Tatsachen muß ihre Leiter in die Rolle des Zauberlehrlings zwingen, der die Geister, die er rief, nicht wieder los wird.

Wäre jemand im unklaren, daß der „Geist des Umsturzes“ auch in der zahmen Dienstbotenbewegung lebt, ihre Beurteilung seitens der bürgerlichen Welt müßte ihn darüber belehren. Das bürgerliche Zeitungsgeschwister, das den ersten Zahn eines Prinzleins als „historisches Ereignis“ begrüßt,

hat – von Ausnahmen abgesehen – für die Dienstbotenbewegung nur Hohn und Spott sowie das Geschrei nach Niederbüttelung durch die Behörden, nach Aushungerung der Rebellinnen durch „verständige, sittlich kraftvolle“ Familienhäupter. Diese Haltung entspricht den Interessen der bürgerlichen Ausbeuter, sie deckt sich deshalb auch mit der Haltung, welche die bürgerlichen Parteien in den Parlamenten zu den sozialdemokratischen Forderungen eingenommen haben, die Ausnahme Gesetze wider das Gesinde aufzuheben und dieses der gewerblichen Arbeiterschaft gleichzustellen . . .

Und ist etwa eine tatkräftige Unterstützung des Kampfes von seiten derer zu erwarten, deren Lippen überfließen von Beteuerungen des Wohlwollens mit den „ärmeren Schwestern“, von seiten der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen? Wir erinnern daran, daß die Damen in ihren langen Petitionen zum neuen Bürgerlichen Gesetzbuch die Abschaffung der Gesindeordnungen, die rechtliche Gleichstellung von 1313957 „ärmeren Schwestern“ nicht gefordert haben . . . In Nr. 17 der „Gleichheit“ vom vorigen Jahre veröffentlichten wir einen Artikel zur Dienstbotenfrage von Frau Julie Zehdnicker, einen Artikel, welcher von einem durchaus bürgerlichen Standpunkt aus nichts als etwas Wohlwollen und Gerechtigkeit für die Dienenden forderte. Dieser Artikel war von sämtlichen Berliner Frauenblättern, auch von der „radikalen“ „Frauenbewegung“ der „radikalen“ Frau Cauer, als „für den Leserkreis nicht geeignet“ zurückgewiesen worden. Frau Morgensterns „Hausfrauenzeitung“, die mit peinlicher Gewissenhaftigkeit und Breite die Toiletten von Frauenrechtlerinnen – womöglich „blaublütigen“ – bei offiziellen Anlässen beschreibt, hat bis jetzt nicht eine Zeile für die Dienstbotenbewegung übrig gehabt . . .

Die Haltung der bürgerlichen Welt gegenüber der bescheidenen Bewegung der so hart ausgebeuteten und schwer

versklavten Dienstboten nimmt uns nicht wunder. Sie entspricht nur der Tatsache, daß zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten eine tiefe, dauernde Interessengemeinschaft nicht besteht, daß die Unterdrückten ihr Recht nicht als Gnadengeschenk erhalten, sondern als Siegespreis im Kampfe erringen müssen. Unseren Genossinnen in Berlin und anderwärts weist die in Fluß gekommene Bewegung der Dienstboten aber eine neue, ernste und schwierige Aufgabe zu. Sie haben mit Verständnis und Energie dafür zu wirken, daß die junge, unklare Bewegung möglichst rasch zur Klarheit gelangt, daß sie ihre Kraft nicht auf den öden Pfaden einer unfruchtbaren Harmonieduselei verzettelt, vielmehr als Kampfbewegung entschieden deutlich erkannten Zielen zustrebt: der Aufhebung der Gesindeordnungen, der Anerkennung des vollen Koalitionsrechts, der Gleichstellung der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern und der sinngemäßen Anwendung der gesetzlichen Schutzbestimmungen auf die häuslichen Arbeiter. Die Genossinnen müssen der Dienstbotenbewegung im Kampfe für diese Ziele warme, tatkräftige Unterstützung zuteil werden lassen. Sie haben das Solidaritätsgefühl der Dienstmädchen zu stärken, ihr Klassenbewußtsein als Proletarierinnen zu wecken und zu schulen. Indem sie ihrer Überzeugung gemäß für die Interessen der Haussklavinnen eintreten und diese zur Auflehnung wider ihre unwürdige Lage aufrufen, sie zur Erkenntnis ihrer Zusammengehörigkeit mit allen Ausgebeuteten und Entrechteten erziehen, gewinnen sie dem Sozialismus neue Bekennerinnen, dem Heere des klassenbewußten Proletariats neue Kämpferinnen.

„Die Gleichheit“,

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,

Stuttgart, 16. August 1899.

Zum Parteitag in Hannover

September 1899

Kein Parteitag der Sozialdemokratie seit dem zu Erfurt kann sich an Bedeutung mit der bevorstehenden Tagung in Hannover messen. So wichtig für die äußere Erstarkung und innere Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei die Beratungen und Entscheidungen mehr als eines Kongresses gewesen sind, wir nennen als Beispiel nur die Stellungnahme zum Staatssozialismus^[21] in Berlin, zur Agrarfrage in Breslau¹, so werden sie an Bedeutsamkeit doch von der Aufgabe des diesjährigen Parteitags übertroffen. Denn hier handelt es sich nicht nur um die Erörterung und Entscheidung über eine einzelne Frage, sondern um die Prüfung der wesentlichsten Grundsätze selbst, zu denen sich die Sozialdemokratie bekennt und die für ihren Charakter und ihre Tätigkeit ausschlaggebend sind.

Die gleiche Aufgabe hatte die Sozialdemokratie in Erfurt zu lösen; in den Auseinandersetzungen mit den „Unabhängigen“^[22] und mit Vollmar^[23] galt es, die Grundsätze und die Taktik der Partei nach links und nach rechts hin festzulegen. Heute liegen die Dinge so, daß die Sozialdemokratie nur noch nach rechts hin ihren grundsätzlichen Charakter und ihre taktische Haltung abzugrenzen hat. In einer lebenskräftigen Partei, wie sie es ist, die arbeitend kämpft

¹ Siehe S. 84 ff. des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

und kämpfend arbeitet und die durch ihre Existenzbedingungen gezwungen ist, Sektiererei und Unfruchtbarkeit scharf von sich zu weisen, mußte die Praxis mit der Bewegung der „Unabhängigen“ schnell und gründlich aufräumen. Die nämlichen Umstände aber, welche nach links hin die Klärung begünstigten und beschleunigten, müssen sie nach rechts hin erschweren. Die Tagesarbeiten, welche die Sozialdemokratie bewältigen muß und die in Deutschland infolge der Schwäche und des Verrats des bürgerlichen Liberalismus besonders zahlreich und verwickelt sind, führen in Situationen, wo für einzelne Personen und bestimmte Schichten der Opportunismus nahe liegt, der kurzsichtig um des Augenblickserfolgs willen den proletarisch-revolutionären Charakter der Partei abschwächen möchte, der gewillt ist, das „politische Geschäft“ an Stelle des proletarischen Klassenkampfes zu setzen, der Staatsmännelei von Führern mehr Bedeutung beizulegen als der politischen Aktion der Massen, das sozialistische Endziel des proletarischen Klassenkampfes durch die überschätzte Reform in den Hintergrund zu drängen.

Weil die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei sich nicht im luftleeren Raum von Abstraktionen vollzieht, sondern in einer Welt tatsächlicher Verhältnisse und Verknüpfungen, so haben deshalb opportunistische Strömungen den Werdegang unserer Partei begleitet und werden auch fürderhin im Parteileben zutage treten. Aber nichts ist irriger, als aus dieser Tatsache die Berechtigung, ja Notwendigkeit abzuleiten, den possibilistischen Tendenzen gegenüber die Hände in den Schoß zu legen und als „Fanatiker des Dogmenglaubens“ auf die allmächtig waltende geschichtliche Entwicklung zu bauen, die, Irrungen und Wirrungen ungeachtet, den Kampf des Proletariats auf der richtigen Linie vorwärtstreiben müsse. Irrungen und Wirrungen gehen auf Kosten der Einheitlichkeit und Kraft des proletarischen

Befreiungsrings. Die Auseinandersetzungen in Hannover über die Grundanschauungen und die taktische Haltung der Sozialdemokratie, wie sie Punkt 6 und 7 der Tagesordnung^[24] vorsehen, sind zur unabweisbaren Notwendigkeit geworden.

Bernsteins Buch ist zwar der Ausgangspunkt der betreffenden Debatten und wird vielfach in deren Mittelpunkt stehen, läge aber nichts weiter vor als dieses Buch und die es erklärenden Artikel – die Sozialdemokratie brauchte wahrlich nicht zu den Angriffen auf ihre Grundsätze und ihre Taktik Stellung zu nehmen. Was die Stellungnahme dringlich macht, ist vielmehr der Umstand, daß Bernstein der Theoretiker einer kleinen, aber einflußreichen Gruppe in der Partei ist. Innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung sind Erscheinungen aufgetaucht, zu denen die Partei Stellung nehmen muß, dafern sie mit ihrem proletarisch-revolutionären Charakter ihre alte Einheitlichkeit und Geschlossenheit bewahren will. In Sachen des Militarismus, des Schutzzolls, der Kolonialpolitik, der sozialen Reform usw. haben Schippel, Auer, Heine, Vollmar und noch andere einer Auffassung das Wort geredet, in der sich ein schrittweises Verlassen des grundsätzlichen Bodens ankündigt, auf dem die Sozialdemokratie bisher gestanden hat. In Hamburg befürworteten Schippel und Auer die Bewilligung von Kanonen im Namen der „nationalen Interessen“; Heine empfahl in seiner vielumstrittenen Wahlrede das Tauschgeschäft „Kanonen für Volksrechte“; in seiner Artikelserie gegen die Miliz zog Schippel die letzte Konsequenz der begonnenen Mauserung, indem er an Stelle des grundsätzlichen Kampfes gegen den Militarismus die lendenlahme kleinbürgerliche Bekrittelnung dessen Auswüchsen setzte.

Das Lebensinteresse der Partei heischt um so gebieterischer eine gründliche Abrechnung mit dem Opportunismus, als

dieser heute nicht mehr wie in Erfurt von dem einzigen Vollmar gepredigt wird, vielmehr von einer ganzen Reihe von Genossen, die 1891 die schärfsten Angriffe gegen die von Vollmar angepriesene Taktik der offenen Hand für den guten Willen richteten. Erklärlich genug. Die überreiche Fülle der reformlerischen Tagesarbeiten, welche die Sozialdemokratie leisten muß, trübt bei manchem den Blick für die großen geschichtlichen Entwicklungslinien, läßt das revolutionäre sozialistische Endziel im Nebel der Zukunft verschwinden und verleiht dafür den zu erringenden oder errungenen Reförmchen übermächtige Dimensionen. Dazu noch eins: Als einzige ernste Oppositionspartei in Deutschland, welche den Kampf gegen die Reaktion und für den Fortschritt, für freie Entwicklung auf allen Gebieten führt, muß die Sozialdemokratie zahlreiche Elemente aus dem Bürgertum anziehen, die ihre alte bürgerliche Auffassung nur sehr schwer oder auch nie völlig loswerden und denen deshalb die milde Reformsabbelei eines opportunistischen Sozialismus sympathischer sein muß als der revolutionäre Sozialismus, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Da das Gebiet der positiven Arbeiten der Sozialdemokratie sich stetig erweitert, da der Zuzug bürgerlicher Elemente ein um so stärkerer werden muß, je mehr die bürgerlichen liberalen Parteien der Zersetzung anheimfallen, wird es eine immer wichtigere Aufgabe der Partei, den auftauchenden opportunistischen Strömungen nachdrücklich entgegenzuwirken, sie in das Bett des revolutionären Sozialismus zu lenken, statt diesen in das Flachland einer opportunistischen, grundsatzlosen Erfolgspolitik „von Fall zu Fall“ übertreten zu lassen. Die Spuren schrecken. Die Geschichte sämtlicher bürgerlichen Parteien ist ein einziger Beweis dafür, wohin die Preisgabe eines festen, grundsätzlichen Programms und einer diesem Programm entsprechenden Taktik führt.

Aber nicht allein die wachsende Ausdehnung der opportunistischen Tendenzen fordert die Stellungnahme der Partei heraus. Vielmehr auch und nicht zum wenigsten der Umstand, daß die hervorragendsten Wortführer des Opportunismus einflußreiche Parteistellungen bekleiden, als Gemeinderäte, Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Redakteure usw. verhältnismäßig leicht auf breite Kreise der proletarischen Massen zu wirken vermögen und durch ihre Haltung deren Klasseninstinkt trüben können, statt ihn zum klaren Klassenbewußtsein und zum energischen Klassenwillen zu erziehen.

Allerdings wird von opportunistischer Seite behauptet, daß ein Gegensatz zwischen einem Rechts und Links in der Partei nicht vorhanden sei. Nach den Ausführungen der Genossen Gradnauer, Heine und Fischer hat Bernstein, haben die ihm Beipflichtenden auch nicht ein Titelchen der sozialdemokratischen Grundsätze preisgegeben, stehen sie unentwegt auf dem prinzipiellen Boden, auf dem die Masse der Genossen steht. Nur die Unfähigen oder Böswilligen des „starren marxistischen Dogmenglaubens“ mißverstehen schnöde die Ärmsten und mißdeuten, was diese „gedacht“ und „gemeint“. Hierauf ist zu erwidern, daß es nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie ist, Herz und Nieren der opportunistischen Führer auf gute Absichten zu prüfen, die in Frage zu stellen niemand einfällt. Wohl aber gilt es, die für den proletarischen Befreiungskampf schädlichen Folgen aufzuzeigen, die trotz allen guten Meinens und Wollens aus einer Mauserung des grundsätzlichen Charakters der Sozialdemokratie hervorgehen müßten.

Wenn betont wird, daß keine Gegensätze, nur „Mißverständnisse“ vorliegen, so hören wir das alte Lied, das Vollmar in der Rolle der verkannten Unschuld vom Lande bereits in Erfurt anstimmte, das Schippel behufs einer Möchte-gern-Rechtfertigung seines Isegrimm-Artikels erschallen ließ. Es

ist eine Variation der Auerschen Weise, daß es in der Partei nicht grundsätzliche Gegensätze gebe, sondern nur Verschiedenheit des Temperaments und der Sprache. Daß der Opportunismus vor jeder ernsten, grundsätzlichen Auseinandersetzung hinter das Dickicht des „Mißverstandenwordenseins“ flüchtet, ist eines seiner charakteristischen Merkmale. Ohne die hierfür maßgebenden Gründe „mißverstehen“ und „mißdeuten“ zu wollen, scheint es doch, daß er die Maxime für ersprießlich hält: „Im Dunkeln ist gut munkeln.“

Anhänger des Opportunismus bezeichnen übrigens die verlangte unzweideutige Stellungnahme des Parteitags nicht bloß als überflüssig, sie weisen sie vielmehr im Namen der „Freiheit der Kritik und der Wissenschaft“ als eine Schädigung der Partei zurück. Gewiß, für keine Partei ist die freieste Kritik ein gleiches Lebensbedürfnis wie für die Sozialdemokratie. Sicher, daß keine Partei so wie sie von der Achtung vor der Wissenschaft durchdrungen ist, von dem Bestreben beseelt wird, ihr Sein und Tun mit den Ergebnissen der Forschung in Einklang zu bringen. Die Sozialdemokratie wohnt nicht in dem Wolkenkuckucksheim schöner Ideologien und philosophischer Spekulationen, sie wurzelt in dem festen Grund der tatsächlichen, lebendigen Wirklichkeit und kann sich nur gesund fortentwickeln, solange sie sich durch stete kritische Nachprüfung ihres Besitzstandes an Wissen und Erkenntnis in innigster Fühlung mit dieser Wirklichkeit hält und sie zu beherrschen vermag. Wenn sie die Ergebnisse der Kritik und Forschung der Tutti-quant-Opportunisten zurückweist, so keinesfalls, weil sie jede Kritik als ein Attentat, jede Forschung als ein Verbrechen wider ihre Grundsätze bewertet. Vielmehr lediglich deswegen, weil die Resultate dieser Kritik und Forschung wohl bestechend schillern, jedoch bei tieferer Prüfung sich als unstichhaltig erweisen.

Wäre dem nicht so, die ureigensten Lebensinteressen würden die Sozialdemokratie zwingen, sich zur opportunistischen Heilsbotschaft zu bekehren, allen Schriften von Marx und Engels ungeachtet; ja, wenn die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus noch lebten, sie würden die ersten sein, Theorien zu zertrümmern, die sie auf irrtümlichen Voraussetzungen aufgebaut. Was die Opportunisten jedoch unter dem Schlagwort „Freiheit der Kritik und Wissenschaft“ begehren, ist die Kritiklosigkeit gegenüber dem Evangelium von der alleinseligmachenden „praktischen Politik“, ist die unbesehene Annahme der angepriesenen neuen Taktik. Kritik an dem „alten marxistischen Dogma“, welch erhabenes, verdienstvolles Werk! Kritik an den Ergebnissen der Bernsteinschen „freien Forschung“, welch Scheuel und Greuel! Nur der „pfäffische Unfehlbarkeitsdünkel“ eingefleischter „Marx-Gläubiger“ kann sich seiner schuldig machen.

Eine solche Kritik deckt ja den tatsächlich vorhandenen schroffen Gegensatz auf, in welchen sich der Opportunismus zu den Prinzipien der Sozialdemokratie, zu ihrem innersten Wesen stellt. Denn nicht darin beruht dieser Gegensatz, daß die Opportunisten vor allem Befürworter der praktischen Reformarbeit sind, während die revolutionären „Dogmenfanatiker“ alles Heil von einer sozialen Katastrophe erwarten und im Köhlerglauben an deren Allmacht jede Reform von sich weisen. Der Gegensatz besteht vielmehr in der grundsätzlich verschiedenen Bewertung der Reformarbeit. Die Auffassung der opportunistischen Rechten läßt die Reformarbeit zum Selbstzweck werden, denn jedes Reförmlein bedeutet für sie ein Stückchen verwirklichter Sozialismus. Für die revolutionäre Linke ist die Reformarbeit nur Mittel zum Zweck, nur die unerläßliche Vorbedingung dafür, daß das Proletariat auf jene Stufe des Wissens, Wollens und Könnens gehoben wird, die ihm ermöglicht, die politische Macht zu erobern und mittels

ihrer die kapitalistische durch die sozialistische Gesellschaft zu ersetzen. Wir erinnern an die Tatsache, daß der revolutionäre Parvus nicht die soziale Revolution proklamiert wissen wollte, sondern einen energischen Kampf forderte für die Einführung des Achtsturentages, die Aufhebung der Getreidezölle usw.

Aufgabe des Parteitags zu Hannover ist es, die Bestrebungen zur Vertuschung und Überkleisterung der vorhandenen Gegensätze abzuwehren, diese Gegensätze vielmehr scharf in Erscheinung treten zu lassen und in reinlicher Scheidung die Grenzlinie zwischen dem Opportunismus und dem grundsätzlichen Charakter der Sozialdemokratie zu ziehen. Es gehört eine starke Dosis von Kindlichkeit dazu, wenn einzelne Persönlichkeiten sich diese reinliche Scheidung nicht anders vorstellen können als in Form eines „Ketzergerichts“ mit obligatem Bannfluch gegen Personen. Es handelt sich um eine reinliche Scheidung der grundsätzlichen Auffassungen, die einander entgegenstehen, nicht aber um den Ausschluß „Ungläubiger“ und die Kanonisierung (Heiligsprechung) „Rechtgläubiger“. Hat die Vertretung der Gesamtpartei in einer Resolution festgelegt, welche Grundsätze für das Sein und Tun der Sozialdemokratie ausschlaggebend sind, so ist es Sache jeder einzelnen opportunistelnden Person, mit ihrem Gewissen auszumachen, ob sie der Partei angehören könne oder nicht. Allerdings genügt es zu diesem Behuf nicht, daß die Resolution erklärt, was die Sozialdemokratie nicht will, sie muß vielmehr klipp und klar sagen, daß diese nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes steht, an ihrem proletarisch-revolutionären Charakter, an ihrer proletarisch-revolutionären Taktik festhält und die Eroberung der politischen Macht erstrebt als Vorbedingung für die Verwirklichung des sozialistischen Endziels. Wenn die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie in Fühlung mit den proletarischen Massen, in Übereinstimmung

mit deren Auffassungen berät und beschließt, so ist es für uns kein Zweifel, wie die Stellungnahme des Parteitags ausfallen muß. In fester Geschlossenheit wird die Masse der Genossen zusammenstehen als die alte zielklare, siegesgewisse revolutionäre Sozialdemokratie.

„Die Gleichheit“,

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,

Stuttgart, 27. September 1899.

Für eine revolutionäre Klassenpartei

*Aus der Rede auf dem Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Hannover*

12. Oktober 1899

Der Unterschied der David-Bernsteinschen Auffassung von unserem Parteistandpunkt ist der, daß sie der Sozialreform eine ganz andere Rolle für den Befreiungskampf des Proletariats zuweist. (Lebhafte Zustimmung.) Darin liegt das Entscheidende, nicht, daß wir die Reform niedriger schätzen, sondern sie überhaupt anders bewerten. Für uns sind alle Reformen, die wir überhaupt erreichen können – und wir haben auch die kleinste genommen – nicht ein Ansatz zur Verwirklichung der Sozialisierung der Gesellschaft, sondern nur Mittel, das Proletariat kampffähiger zu machen. (Beifall.) David hat freilich auf Grund der berühmten Aushöhlungstheorie „nachgewiesen“, daß die Fabrikgesetzgebung bereits der Anfang der Sozialisierung der Produktionsmittel sei, weil das Recht des Unternehmers, nach eigenem Ermessen seine Mittel zu gebrauchen, eingeschränkt wurde. Genosse David, wenn das richtig wäre, dann steckte auch in einem guten Teil der Polizeiverordnungen ein Stück Sozialismus (Heiterkeit, Beifall.); dann wäre die Vorschrift, daß wir unsere Hunde nicht ohne Maulkorb herumlaufen lassen dürfen, auch ein Stück Sozialismus, denn dadurch wird das Recht an unserem Eigentum beschränkt. (Große Heiterkeit. Lebhafte Rufe: „Das ist sehr richtig!“ Große Unruhe. Ulrich ruft: „Das ist sehr faul!“) Ich glaube, ich habe das Recht, mich auf der gleichen

Höhe der Diskussion zu bewegen wie David. („Sehr gut!“ Unruhe.)

Genosse David hat zum Beweis für seine Aushöhlungs-
theorie auch darauf hingewiesen, daß Marx erklärt hatte, der
Normalarbeitstag bedeute die Verwirklichung eines Prinzips.
David wird im ganzen „Kapital“ umsonst suchen, wenn er
den Nachweis dafür erbringen wollte, daß Marx in der Ver-
wirklichung eines Prinzips die Verwirklichung des sozia-
listischen Prinzips sucht. Im Zusammenhang handelt es sich
nur um die Anerkennung des Prinzips, daß die Ware „Arbeits-
kraft“ eine Ware eigener Art ist, an der lebendiges Menschen-
tum hängt, und daß dies lebendige Menschentum nach der
hygienischen Seite hin im Interesse der Gesellschaft geschützt
werden muß. Wenn David der Meinung ist, daß unsere
Kapitalistenklasse sich allmählich ihre Freude am Eigentum
gewissermaßen verেকeln läßt und schließlich, wenn nur noch
die wenigen Millionäre übrig sind, sagt: „Ach, Kinder, seid
doch so gut, befreit uns von diesen Dornen und schafft unser
Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln ab!“ – so meine
ich, daß gerade die ganze Entwicklung der Fabrikgesetz-
gebung ein Beweis dafür ist, daß in der kapitalistischen Gesell-
schaft das Unternehmertum sich jeder weitgehenden Ein-
schränkung seiner Machtbefugnisse aufs schärfste wider-
setzt.

Der Kampf um den gesetzlichen Arbeiterschutz datiert wirk-
lich nicht von heute und gestern, und wie weit sind wir noch
im Rückstande! Ich erinnere nur daran, daß in England, dem
Musterland des Arbeiterschutzes, der erwachsene Arbeiter
mit Ausnahme des Bäckers und des Eisenbahners noch gar
nicht gesetzlich geschützt ist. Ich erinnere ferner an die Tat-
sache, daß dort die Kinderarbeit noch nicht mal vom 13. Jahre
ab verboten ist. Wenn nach dieser Richtung hin nennens-
werte Vorteile zu erhoffen sind, so müßten wir von seiten

einer bürgerlichen Gesellschaft, deren Vertreter immer wieder die Notwendigkeit des Schutzes der Heiligkeit der Familie betonen, doch erst einmal – ich will bescheiden sein – den Achtstundentag für die Arbeiterinnen haben oder den Sechstundentag für die verheirateten Arbeiterinnen. Gewiß, durch die Fabrikgesetzgebung kann der Arbeiter in etwa geschützt werden, aber der springende Punkt, die Abhängigkeit, wird nicht beseitigt, seine Arbeitskraft bleibt nach wie vor eine Ware und untersteht den Gesetzen der kapitalistischen Warenproduktion.

Irrig ist auch die Auffassung, daß die Gewerkschaften schon Wesentliches zur Sozialisierung beitragen können. Der Kampf der Gewerkschaften zielt vielmehr darauf hin zu verhindern, daß der Profithunger die Arbeitsbedingungen sogar unter die jeweiligen Lebensbedingungen herabdrückt. Bernstein ist auch der Ansicht, daß es sich beim gewerkschaftlichen Kampf um eine Herabsetzung der Profitrate zugunsten der Lohnrate handelt. Gewiß begrüßen wir jede Erhöhung der Lohnrate mit Freuden, aber für uns handelt es sich doch nicht nur darum, die Profitrate herabzusetzen, sondern sie zu beseitigen, die ganze kapitalistische Wirtschaftsordnung zu beseitigen; nicht nur bessergestellte Lohnsklaven zu haben, sondern die Lohnsklaverei vollständig abzuschaffen. Für die von David so schön geschilderte allmähliche Sozialisierung der Produktionsbedingungen durch die Gesellschaft kommen doch auch die Schranken in Betracht, welche der Wirksamkeit der Gewerkschaften durch die kapitalistische Produktion selbst gezogen werden dadurch, daß die Produktivität der Arbeit fort und fort steigt und deshalb mehr und mehr Arbeitskräfte überflüssig gemacht werden. Dieselben Momente bedingen, daß in immer höherem Maße ungeschulte Arbeiter, Frauen und Kinder verwendet werden. Schließlich kommt in Betracht, daß durch die Vernichtung des Mittelstandes und der selbst-

ständigen Existenzen immer mehr rückständige, ungeschulte, unorganisierte Massen auf dem Arbeitsmarkt erscheinen. Aber mindestens ebenso groß wie die Bedeutung der Gewerkschaften als einer Bewegung für die Herbeiführung von Arbeitsbedingungen, welche der Arbeiterklasse eine einigermaßen kulturelle Lebenshaltung ermöglichen, ebenso groß, wenn nicht noch größer ist die Wirksamkeit, welche die Gewerkschaften dadurch entfalten, daß sie die Proletarier organisieren, aufklären und dem Klassenkampf zuführen. Dadurch arbeiten allerdings die Gewerkschaften sehr wesentlich der Sozialisierung der Gesellschaft vor, aber nicht in dem Sinne, daß sie schon innerhalb der heutigen Gesellschaft sozialistische Einrichtungen erzeugen, sondern in dem Sinne, daß sie uns Kämpfer erzeugen, welche die sozialistische Gesellschaft einführen können. („Sehr richtig!“)

Auch das Genossenschaftswesen hat David als Beweis dafür angeführt, daß die Arbeiterklasse nicht in erster Linie die politische Macht zu erobern habe, sondern vielmehr schon innerhalb der heutigen Gesellschaft auf wirtschaftlichem Gebiete mit der allmählichen Sozialisierung vorgehen solle. David hat sich ganz wesentlich auf die Genossenschaften in Belgien berufen, die nach Vandervelde bereits ein kollektivistisches Embryo darstellen. Ja, in gewissem Sinne sind auch die Aktiengesellschaften Embryonen des „kollektivistischen Prinzips“, aber man muß doch festhalten, daß innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft alle diese Einrichtungen nur Ansätze darstellen und die materiellen Vorbedingungen erzeugen, welche eine Sozialisierung ermöglichen, daß aber die kapitalistische Gesellschaft selbst die wichtigsten Bedingungen vorenthält, welche die Sozialisierung dieser Einrichtungen zur Wirklichkeit machen. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unterstehen auch die Genossenschaften den Gesetzen der kapitalistischen Produktion . . .

Ich resümiere. Im Gegensatz zu Bernstein und David betrachten wir alle jene Reformen, die wir durch Gewerkschaften, durch die Gesetzgebung und Genossenschaften erreichen können, wohl als wertvoll, aber sie können nicht unser Hauptziel darstellen. Wir erstreben diese Reformen als Mittel, die Kampffähigkeit des Proletariats zu erhöhen. Es kommt auch nicht nur darauf an, wie wir diese Reformen bewerten, sondern auch, wie wir sie erreichen sollen. Sollen wir für diese Reformen kämpfen als selbständige Klassenpartei oder als eine Partei der demokratischen Sammlung? Bernstein hat das nicht klar ausgesprochen, aber aus seinen Ausführungen und aus den Zustimmungen, die ihm hin und wieder zuteil wurden, kann man sehr wohl schließen, daß es innerhalb der Sozialdemokratie Elemente gibt, denen es angenehm wäre, wenn eine Politik der demokratischen Sammlung von seiten der Sozialdemokratie angestrebt würde. Ich brauche nicht erst zu sagen, daß schon das Fehlen einer wirklich starken bürgerlichen Demokratie in Deutschland dies unmöglich macht, mit nichts können wir uns nicht koalieren. Aber selbst wenn es möglich wäre, so würden wir durch eine solche Politik zu einer Abschwächung unseres Klassenstandpunktes gezwungen, zu einer Abschwächung aller derjenigen Momente, die uns von den bürgerlichen Reformern und Demokraten trennen. Und dies Moment ist gerade die Betonung unseres Endziels, die Betonung der Eroberung der politischen Macht zur Sozialisierung der Gesellschaft. Wenn wir die Anschauungen Bernsteins zurückweisen, so geschieht es wahrhaftig nicht, weil uns ein Dogma heilig ist, weil wir jede Kritik als ein Attentat ansehen, sondern weil seine Kritik vor den Tatsachen nicht besteht. Hätte Bernstein gesagt, auf dem Gebiet der Reformarbeit tut ihr nicht genug, ihr müßt mehr tun, so hätte niemand diese Kritik zurückgewiesen. Wohl aber weisen wir die Aufforderung zurück, diese Reformen schon zu betrachten als

einen Übergang zur Sozialisierung der Gesellschaft und das Schwergewicht unserer Tätigkeit zu verschieben von dem Kampfe um die Eroberung der politischen Macht auf das Gebiet der heutigen Tagesarbeit. Gewiß, die Reformarbeit ist nötig, sie drängt sich uns auf Schritt und Tritt von selbst auf. Würden wir uns unter die Massen begeben, lediglich um sie zu uns heranzuziehen, wir wären nicht viel besser als Bauernfänger. Nein, wir treten für diese Reformen ein, nicht nur, um die Massen zu gewinnen, sondern vor allem, um sie zu heben. Mit Sklaven, die ihre Ketten brechen, kann wohl ein augenblicklicher Putsch gemacht, aber nicht eine neue Gesellschaft aufgebaut werden.

Unser ganzes Reformwerk ist darauf gerichtet, die Arbeiterklasse in wirtschaftlicher, geistiger und sittlicher Beziehung auf eine höhere Stufe zu heben. Alles Reformwerk genügt uns nicht, und wenn Genosse Adler sagt, wir müssen jeden Augenblick mit aller Energie für die Gegenwartsforderungen wirken, als ob es sich um die Erreichung des Endziels handelt, so unterschreibe ich diesen Satz mit beiden Händen. Aber ich füge noch hinzu: Verlieren wir über diese Abschlagszahlungen nicht unser Hauptziel aus den Augen, klären wir das Proletariat auf, organisieren wir es mit einer Überzeugungstreue, mit einer Begeisterung, als ob die Verwirklichung unseres Endziels schon morgen möglich wäre. (Stürmischer Beifall.)

„Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Abgehalten zu Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899“,
Berlin 1899, S. 178–182.

Gegen das Elend in der Konfektionsindustrie

Oktober 1901

So jung die deutsche Konfektionsindustrie noch ist, so glänzend und kraftvoll ist ihre Entwicklung. Im Verlauf weniger Jahrzehnte hat sie für ihre verschiedenen Zweige im Inland ein ausgedehntes, stetig wachsendes Absatzgebiet errungen; hat sie in der Damen-, Herren- und Mäntelkonfektion Frankreich, England und Österreich-Ungarn geschlagen; hat sie sich siegreich den Weltmarkt erobert, wo sie als größter Lieferant der einschlägigen Waren auftritt. In den Städten und auf dem Lande beschäftigt sie Hunderttausende, unter denen die Frauen überwiegen, zu denen die Kinder einen starken Prozentsatz stellen. Nach Hunderten von Millionen beziffert sich alljährlich ihr Umsatz innerhalb und außerhalb des Deutschen Reiches. Hunderttausende und aber Hunderttausende an Profit, die sich zu mehr als fürstlichen Vermögen häufen, fließen jahraus, jahrein in die diebes- und feuersicheren Geldschränke einer kleinen Reihe von Konfektionsfirmen, die sich eines Weltrufs erfreuen. Die bekannten Paläste am Hausvogteiplatz zu Berlin, die prächtigen Villen und herrschaftlichen Wohnungen von Großkonfektionären in der und jener Stadt erzählen anschaulich von der Blüte der deutschen Konfektionsindustrie und dem märchenhaften Reichtum ihres Unternehmertums.

Aber freilich: Die Wurzeln dieser Blüte haften im Sumpfe des tiefsten Massenelends, und der märchenhafte Reichtum

baut sich auf aus der bittersten Armut, der maßlosen Pein vieler Zehntausender. Neben den Bildern von Glanz und Pracht, welche ein Blick auf die deutsche Konfektionsindustrie entrollt, treten andere des düstersten, vielgestaltigen sozialen Jammers. Das Elend der Konfektionsarbeiterschaft ist zu einer sprichwörtlichen Tatsache geworden, die sich riesengroß in grausem Hohn neben den geschäftigen Worten von Deutschlands Größe und Kultur reckt.

Die eigentümlichen Betriebsverhältnisse der Konfektionsindustrie, die im Zeichen der Heimarbeit und des Zwischenmeistertums stehen, haben hier einen Grad der schmachvollsten, Leib und Geist bedrohenden und vernichtenden Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geschaffen, der sich weit über das durchschnittliche Maß der kapitalistischen Auswucherung proletarischer Arbeitskraft erhebt.

Diese Betriebsverhältnisse dezentralisieren den Großbetrieb. Sie schieben zwischen den eigentlichen Großunternehmer und die Arbeitskräfte ein Zwischenglied, mehrere Zwischenglieder, schaffen damit für die Arbeiter und Arbeiterinnen ein mehrstufiges, vielgestaltiges Abhängigkeitsverhältnis, welches ihre Ausbeutung steigert, sie durch allerhand Nebenumstände verschärft und erhöht und den Kampf gegen sie erschwert. Gleichzeitig ermöglichen sie, große Massen der wirtschaftlich und sozial schwächsten und widerstandsunfähigsten Elemente zur Arbeit und Ausnutzung heranzuziehen. Nach der Konfektionsindustrie drängen die unglückseligen erwerbsbedürftigen proletarischen Frauen, welche Mutterliebe und Hausfrauenpflichten vor dem Eintritt in die Fabrik zurückschrecken lassen und die – vom trügerischen Schein geblendet – in der Heimarbeit ein harmonisches Nebeneinander von Brotfron und häuslichem Wirken erhoffen. Der Konfektionsindustrie strömen aus klein- und mittelbürgerlichen Kreisen die sehr zahlreichen Frauen und Mädchen zu, welche die Not ebenfalls

zum Verdienen zwingt, die aber im dückelhaften Standesbewußtsein Fabrik und Werkstatt meiden, um ihr Arbeiterinnensein zu verwischen und abzuleugnen: die Frauen und Töchter der verelendenden Handwerker und Kleingewerbetreibenden, der niederen Handelsangestellten, der unteren Staats- und Gemeindebeamten usw. In der Konfektionsindustrie, in einer schmachvollen Schmutzkonkurrenz, die den eigentlichen Arbeiterinnen das Stück Brot aus der Hand schlägt, suchen „bessere Frauen“ und „höhere Töchter“ die Mittel für Tand, Flitter und Näschereien zu erwerben, die ihnen der Wille oder der Geldbeutel des Familienoberhaupts vorenthält.

Und wie überall bei der Heimarbeit, so spielt auch in der Konfektionsindustrie die Verwendung von Personen eine große Rolle, die nicht mehr oder noch nicht voll leistungsfähig sind, die nur den größeren oder geringeren Bruchteil einer Arbeitskraft stellen und zu Nebenarbeiten herangezogen werden, für die kein Lohn berechnet wird. Die halb erblindete Mutter der Konfektionsnäherin, ihr betagter Schwiegervater mit den schwielenharten, zitternden Händen, ihr Kind, das kaum die zarten Fingerchen regieren kann oder dem bei der Arbeit vor und nach der täglichen Schulzeit die Augen zuzu-fallen drohen: sie alle müssen in der Regel durch Knöpfaufheften, Fadenschlagen, Heftfadenausziehen usw. zum Mit-helfen, Mitverdienen heran. In der Leistung einer Arbeitskraft stecken fast stets noch die Teilleistungen von halben, viertel, achtel Arbeitskräften. Der Unternehmer bezahlt die Arbeitskraft des Mannes, der Frau oder auch die des Ehepaars; was er tatsächlich kauft, ist aber sehr oft der größte Teil der Arbeitskraft der ganzen Familie.

Die widerstandsschwachen, widerstandsunfähigen Arbeitskräfte, welche die Konfektionsindustrie zu rekrutieren vermag, sind ihr zum weitaus größten Teil zur schrankenlosen Ausbeutung überliefert. Für die deutsche Gesetzgebung ist ja

die Heimarbeit bis jetzt ein Rührmichnichtan geblieben, und auch die Werkstättenarbeit ist gesetzlich nur spottwenig geschützt. Zu den erwähnten Vorbedingungen fettester Profite auf der einen Seite, grauenvollsten Elends auf der anderen gesellen sich noch weitere. Die Möglichkeit für die Unternehmer, einen beträchtlichen Teil der Betriebsunkosten, die Ausgaben für Arbeitsräume, Beheizung, Beleuchtung, für Zutaten, Nähmaschinen usw. auf die Arbeitenden abzuwälzen, ihre Befreiung von den Lasten der Versicherungsgesetzgebung usw. – kurz, die eigentümlichen Betriebsverhältnisse haben die Konfektionsindustrie zu einem wahren Dorado, einem Goldland, für das Unternehmertum gemacht, zu einer Gehenna, dem Tale des Jammers und der Tränen, für die Arbeiterschaft.

Die Beschäftigung der Konfektionsarbeiter entbehrt unter dem einschneidenden Einfluß des Wechsels von Hochsaison und Flaute der Sicherheit und Regelmäßigkeit. Wochen fiebrhafter Hatz mit gesteigertem Verdienst werden durch Zeiten abgelöst, wo Arbeit und Verdienst kaum nennenswert ist, ja, völlig versiegt. Die Feststellungen der Gewerbezahlung von 1895 über die Kampagne- und Saisonindustrien erweisen das klärlich. Das Auf und Ab zwischen angespanntestem Schufteln und halbem oder ganzem Feiern mit seiner Rückwirkung auf das Einkommen ist von verhängnisvollen Folgen für Lebenshaltung, Lebensgewohnheiten und Charakter begleitet. Es steigert die Unregelmäßigkeit und Ausdehnung der Arbeitszeit, die schon sowieso unter dem Drucke der Heimarbeit sowohl im Stübchen der Arbeiter wie in der Werkstatt des Zwischenmeisters ausgedehnt und regellos genug ist. In der Hochsaison beginnt der Arbeitstag der Heimarbeitenden sehr oft vor dem Morgenrauen, endet tief in der Nacht, ja, erst in den folgenden 24 Stunden und verschlingt Sonn- und Feiertagsruhe. Seine Grenze erreicht er nur, wenn die Energie erlahmt, welche die brennenden Augen offen, Finger und Füße in

Bewegung hält. In den Werkstätten der Zwischenmeister wird der Arbeitstag durch Überstunden und Mitgabe von Arbeit zur Fertigstellung daheim bedeutend verlängert. Erhebungen des Vereins für Sozialpolitik stellten fest, daß in fast dem vierten Teil von 41 Zwischenmeisterwerkstätten in Berlin Arbeitszeiten von 15, 16 und 17 Stunden – nach Abzug der Pausen – vorkamen. Und es sind überwiegend oder doch in sehr großer Anzahl weibliche Arbeitskräfte, für welche eine überlange, regellose Arbeitsdauer gilt: Mädchen, die noch mitten in der körperlichen Entwicklung stecken, Frauen, die Mütter sind und für Kinder und Hauswirtschaft sorgen müssen!

Das Einkommen der weitaus meisten Konfektionsarbeiter und -arbeiterinnen schreit in seiner Dürftigkeit gen Himmel. Es verdammt die Unglückseligen zu chronischer Unterernährung, das heißt zum langsamen Verhungern; zum Verzicht auf Licht, Luft, Bequemlichkeit, oft auch Sauberkeit in der Wohnung; zum unerbittlichen Niederringen jedes Bedürfnisses nach Freude, Bildung, Kultur. Für die weiblichen Sklaven des Konfektionskapitals fügen aber die Hungerlöhne zu all den Qualen eines entbehrungsreichen, sorgenschweren Daseins in zahllosen Fällen noch die tiefste Schmach hinzu. Wo die Entlohnung der ehrlichen Arbeit die Fristung der nackten Existenz nicht sichert, drängt sich das Laster, die Prostitution, als Retter in der Not auf. Was in dieser Beziehung die amtliche Enquete von 1887 rückhaltlos anerkannt hat, haben seither weitere Erhebungen und Forschungen bestätigt. Wen kann die traurige Wahrheit wundernehmen angesichts der folgenden Zahlen? Das Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin für 1897 gibt den Jahresverdienst für Wäschenäherinnen mit 486 Mark, für Schneiderinnen mit 457 Mark, für Knopflochhandnäherinnen gar nur mit 354 Mark an. Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts stellte fest, daß der wöchentliche Nettoverdienst für Handnäherinnen – fast ausnahmslos Heimarbeiterinnen –

im Durchschnitt 6 Mark 33 Pfennig betrug; er stieg von 2 Mark 30 Pfennig in einem Falle auf 10 Mark 80 Pfennig. In der Damen- und Mädchenkonfektion stellt sich das Nettojahreseinkommen der Werkstättenarbeiterinnen nach einer Erhebung des Statistischen Amtes für das Deutsche Reich im Durchschnitt auf 322 Mark 40 Pfennig! Und welch grausiges Elend der Lebenshaltung enthüllt es nicht, wenn Grandtke in seiner Untersuchung über „Die Berliner Konfektionsindustrie“ (Schriften des Vereins für Sozialpolitik) das Durchschnittseinkommen von 28 Heimarbeitern, die mit ihren Frauen zusammen direkt für die Konfektionäre schafften, je Ehepaar und Woche auf 20 Mark 25 Pfennig berechnet, und das bei täglich 14stündiger Arbeitszeit.

Die Arbeitsräume der Konfektionsindustrie sind sehr oft wahre Arbeitshöhlen. Nur sehr wenige Arbeiter und Arbeiterinnen schaffen in großen Betriebswerkstätten, welche in sanitärer Hinsicht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Für die erdrückende Mehrzahl der Heimarbeiter und -arbeiterinnen drängt sich Leben und Arbeit in einem einzigen Raume zusammen, der als Wohnung, Schlafstelle, Küche und Arbeitsstatt dient, der nicht selten zu gleicher Zeit Werkraum, Kranken- und Sterbezimmer ist. Betreffs der Werkstätten von Zwischenmeistern – zumal der kleinen – liegen die Verhältnisse vielfach nicht günstiger oder kaum besser. Auch sie werden oft zum Wohnen, Schlafen und Kochen benützt und enthalten einen viel zu kleinen Luftraum je Kopf der hier Arbeitenden. In der Strafanstalt Plötzensee kommen auf jeden Gefangenen 28 bis 29 Kubikmeter Luft. Die Fabrikinspektion für Berlin konstatierte, daß von besichtigten Arbeitsräumen der Kleider- und Wäschekonfektion und der Kostümbranche mehr als ein Drittel einen Luftraum von weniger als 10 Kubikmeter je Kopf der beschäftigten Person aufwies. Die ohnehin unzureichende Luft wird verschlechtert durch die künstliche Beleuch-

tung, durch die Ausdünstungen der Bügelöfen, der Dämpfe und Gase beim Bügeln, durch den Geruch des Maschinenöls, die herumfliegenden Stoffäserchen usw. Ventilation fehlt meist gänzlich. Die in drangvoll fürchterlicher Enge zusammen arbeitenden Menschen atmen eine entsetzliche Atmosphäre ein. Ansteckende Krankheiten – Lungenleiden, Diphtheritis, Scharlach, Hautkrankheiten usw. – finden unter diesen Bedingungen einen fruchtbaren Boden für ihre Verbreitung. Die Arbeitshöhlen werden zu gefährlichen Seuchenherden, die über die Konfektionsarbeiterschaft hinaus die Konsumenten der Konfektionswaren bedrohen.

Überlange, unregelmäßige Arbeitszeit, Unterernährung und ungesündeste Arbeitsräume wirken zusammen, um für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsindustrie all jene gesundheitsschädlichen Einflüsse zu steigern und zu verschärfen, die ihrer Beschäftigung infolge des Tretens der Nähmaschine, der vornübergebeugten Haltung, die den Brustkorb zusammendrückt, des Schaffens bei künstlichem Licht usw. ohnedies anhaften. Störungen der Verdauungstätigkeit, Blutarmut, Bleichsucht, Krankheiten der Atmungs- und Unterleibsorgane, Augenleiden usw. sind unter der Konfektionsarbeiterschaft alltägliche Erscheinungen. Das Treten der Nähmaschine zerrüttet zumal den weiblichen Organismus in der unheilvollsten Weise, und das in der Regel um so mehr, je jünger die Arbeiterin ist. Die Tuberkulose fordert zahlreiche Opfer. Aus der Statistik der Ortskrankenkasse der Berliner Schneider ergibt sich, daß etwa 10 Prozent der weiblichen Mitglieder lungenkrank sind.

„Menschenopfer unerhört“ sind es, die dem kapitalistischen Profit in der Konfektionsindustrie zum Opfer fallen. Wahrhaft entsetzliche Arbeitsbedingungen überantworten hier breite proletarische Schichten steigender Verelendung, einem Verkümmern und Verkommen, das mit dem gegenwärtigen das

künftige Geschlecht ergreift und die gesamte Volkskraft schwer schädigt. Den hier vorliegenden fressenden Schäden gegenüber versagt die bessernde Macht der gewerkschaftlichen Organisation im allgemeinen so gut wie völlig: Die Konfektionsarbeiter und -arbeiterinnen gehören zu den organisationsunfähigsten Arbeiterschichten. Und wie steht es mit der bessernden Macht der Gesellschaft, wie sie durch die Gesetzgebung repräsentiert wird?

Seit langen Jahren haben amtliche Erhebungen und sozialpolitische Studien die vieläugigen Greuel der Konfektionsindustrie und die Dringlichkeit gesetzlichen Einschreitens dagegen geoffenbart. Seit langen Jahren kämpfen die organisierten Schneider und Schneiderinnen für einen wirksamen gesetzlichen Schutz der Konfektionsarbeiterschaft. Seit langen Jahren tritt die Sozialdemokratie im Reichstag für einen solchen ein. Vergeblich! Wohl schien es einen Augenblick, die Gesellschaft werde sich zu ernststen sozialpolitischen Taten aufraffen. Der Konfektionsarbeiterstreik vom Winter 1896 beleuchtete mit der Schärfe des Scheinwerfers den abgrundtiefen, uferlosen Jammer der einschlägigen proletarischen Schichten. Eine heiße Welle des Mitgefühls, der Entrüstung wogte durch alle Bevölkerungskreise. Es regnete Sympathieerklärungen mit den Ausständigen . . . Minister und bürgerliche Parteien – die Freisinnigen ausgenommen – überboten einander an Beteuerungen, schnelle und wirksame Hilfe zu schaffen. Und das Resultat? Es hat bequem in einem Kindertaschentüchlein Platz: die bekannte Verordnung des Bundesrats über die Werkstättenarbeit, jene Verordnung, die von vornherein auf den Kampf gegen die Heimarbeit verzichtete, deren strikte Überwachung seitens der Fabrikinspektion unmöglich ist, und die unbestritten vor allem zu einer weiteren Ausdehnung der Heimarbeit geführt hat; die lächerlich unzureichenden Bestimmungen der letzten Gewerbenovelle; und als noch ausstehende Nachlese

der Antrag Heyl zu Herrnsheim, die Heimarbeit von Fabrik- und Werkstättenarbeiterinnen betreffend, dem ebenfalls die Losung zugrunde liegt: „Wasch mir den Pelz, und mach ihn nicht naß!“ Im Kampfe gegen das Konfektionsarbeiterelend, das Heimarbeiterelend hinkt die deutsche Sozialpolitik hinter der anderer Staaten her. Der sozialpolitische Eifer unserer bürgerlichen, unserer christlichen Welt hat sich in Worten erschöpft. Ein lehrreiches Fiasko mehr der neuen Doktrin von dem steigenden Einfluß der Ethik und des Gerechtigkeits-sinnes in den besitzenden Klassen.

Abermals ist es die Organisation der Schneider und Schneiderinnen, die als Vorkämpferin für die Elendsten der Elenden der Berufsgenossen auf den Plan tritt. Sie hat eine kräftige Agitation durch Versammlungen in die Wege geleitet, welche in einer Resolution die nächsten Mindestforderungen an gesetzlichem Schutz für die Konfektionsarbeiter feststellen sollen. Sie hat eine treffliche Denkschrift an Reichstag und Bundesrat ausarbeiten lassen, welche sachkundig, auf reichhaltiges Material gestützt, die Notwendigkeit wirksamen gesetzlichen Schutzes begründet. Die gegenwärtig erhobenen Forderungen sind die folgenden:

1. Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause nach der Werkstattbeschäftigung.

2. Direkte Ausgabe von Arbeit an die Heimarbeiter und -arbeiterinnen seitens der Unternehmer unter Vermeidung der Zwischenmeister.

3. Trennung der Arbeitsräume von den Wohnräumen; in den Werkstätten sowohl wie in den Arbeitsräumen der Heimarbeiter müssen auf den Kopf der beschäftigten Personen „mindestens je 15 Kubikmeter Luftraum kommen.

4. Ausdehnung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe (§ 105b), das Verbot der Kinderarbeit (§ 135), die Beschränkung der Arbeitszeit der jugendlichen

Arbeiter (§ 136), der Frauen (§§ 137 und 139a Abs. 1), die Gewerbeaufsicht (§ 139b), insbesondere durch weibliche Aufsichtspersonen, den Erlaß von Arbeitsordnungen (§ 134a bis 134g) und die Anzeige des Gewerbebetriebs (§ 14) auf die Hausindustrie und die Heimarbeit.

5. Ausdehnung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung auf die Heimarbeiter und -arbeiterinnen.

6. Reich, Staat und Gemeindebehörden sollen Schneiderarbeiten nur unter der Bedingung vergeben, daß die Kleidungsstücke in Werkstätten hergestellt werden, die der Gewerbeordnung und Gewerbeinspektion unterstehen, und daß die von Unternehmern und Arbeiterorganisationen festgesetzten Lohnsätze als Mindestmaß der Entlohnung anerkannt werden.

Gegenüber den heillosen Übeln der Konfektionsindustrie erscheinen diese Forderungen fast als überbescheiden. Nicht das vorliegende Bedürfnis, die Rücksicht auf den sozialpolitischen Kurs des Stillstandes und Rückwärts hat ihr Maß bestimmt. Es sollte den gesetzgebenden Gewalten jeder Vorwand zu der Weigerung genommen werden, ein Schrittchen vorwärts zu tun. Werden sie endlich handeln?

Im Ringen für den gesetzlichen Schutz der Konfektionsarbeiterschaft müssen die Genossinnen in den vordersten Reihen stehen. Das Konfektionsarbeiterelend ist in hervorragendem Maße Arbeiterinnenelend, Frauenelend. Und die Vogelfreiheit der Heimarbeit ist bekanntlich ein wesentliches Hindernis für den wirksamen gesetzlichen Schutz der Arbeit überhaupt, dessen gerade die proletarische Frau so dringend bedarf. Im Ringen für den gesetzlichen Schutz der Konfektionsarbeiterschaft wird das gesamte klassenbewußte deutsche Proletariat seine Schuldigkeit tun. Eine seiner wichtigsten positiven Aufgaben besteht darin, durch seine gewerkschaftliche und politische Aktion verkommene Arbeiterschichten aus ihrer Verelendung zu reißen, sie wehrtüchtig zu machen zum

Kämpfe gegen das Unternehmertum und für die sozialistische Gesellschaftsordnung. Auch hier gilt es, durch Klein- und Gegenwartsarbeit die große Zukunft zu erobern. Ein Blick auf das Konfektionsarbeiterelend drängt die Frage des Dichters auf die Lippen:

„Ein Unrecht geschieht hier, wer wird ihm abhelfen?
Ein blutiges Unrecht geschieht hier, wer wird es sühnen?“

Ein Blick auf den proletarischen Klassenkampf gibt die Antwort: das Proletariat, das weiß, das will und das kämpft.

„Die Gleichheit“,
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen,
Stuttgart, 23. Oktober 1901.